



# FRANKFURT magazin

CDU Frankfurt  
Stadt unter  
Globalisierungsdruck  
CDA diskutierte



CDU Fraktion  
Ferienfraktion 2004  
Mainufer, Riedberg,  
Waldstadion



CDU Fraktion  
Radfahren in  
der City  
Arbeitskreis  
Verkehr in Münster



Magazin fragt  
Karlheinz Bührmann  
antwortet



## Die Frankfurter CDU – Eine moderne Großstadtpartei



Nr. 4 Oktober 2004

**Titelbild:**  
Foto: Frankfurt/M.

Editorial ..... 3

**THEMA**

Die Frankfurter CDU – Eine moderne Großstadtpartei ..... 4

**AUS DER PARTEI**

- Udo Corts würdigte die Frauen und Männer des Widerstandes ..... 8
- Partnerschaft für USA-Interns-Programm unterzeichnet ..... 8
- Jubiläen ..... 9
- Frankfurter Feuerwehr mit Staffelpkonzept Spitze ..... 10
- Neumitglieder im Hessischen Landtag ..... 10
- Nanotechnologie – Innovation für die Zukunft ..... 11
- „Sozialpolitische Tour“ durch Frankfurt ..... 11
- Kommunen unter Globalisierungsdruck ..... 12
- CDU vor Ort ..... 13
- Pressearbeit ..... 16

**AUS DER FRAKTION**

- Situationsbericht der Oberbürgermeisterin zu Frankfurt am Main ..... 18
- Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Friedrich von Metzler ..... 19
- Maria Voigt feiert 90. Geburtstag ..... 19
- Ferienfraktionstermine 2004 – Die CDU-Fraktion unterwegs ..... 20
- Radfahren in der City ..... 24
- Stadtrat Mensinger – Praktikum bei der Feuerwehr ..... 25
- Understanding ..... 26
- Aus der Fraktion ..... 27
- Pressearbeit ..... 28
- Anträge und Anfragen ..... 30

**DAS FRANKFURT MAGAZIN FRAGT**

Karlheinz Bührmann antwortet ..... 31

**Impressum**

**Herausgeber:**  
CDU-Kreisverband  
und CDU-Fraktion  
Frankfurt am Main

CDU-Kreisverband:  
Hanauer Landstraße 7 (Zoopassage)  
60314 Frankfurt am Main  
Tel.: (0 69) 15 30 99-0  
E-Mail: cdufrankfurtmain@t-online.de  
www.cdu-ffm.de

CDU-Fraktion:  
Bethmannstraße 3  
60311 Frankfurt am Main  
Tel.: (0 69) 13 87 28-0  
E-Mail: post@cdu-fraktion-ffm.de  
www.cdu-fraktion-ffm.de

**Redaktion:**  
Thomas Feda (tf)  
(v.i.S.d.P. für Parteiteil)  
Joachim Rotberg (jr)  
Michaela Wanka (mw)  
(v.i.S.d.P. für Fraktionsteil)

**Freie Autoren:**  
Harald Muth (hm)

**Druck:**  
m/p/m DigitalAgentur  
media process management GmbH  
Tel.: (0 61 31) 95 69-20  
E-Mail: info@digitalagentur-mpm.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel  
geben nicht unbedingt die Meinung der  
Herausgeber und der Redaktion wieder.

**Redaktionsschluss für die  
nächste Ausgabe: 16. November 2004**

**Rechtlich selbstständige Orga-  
nisation der Kliniken Höchst als  
gemeinnützige GmbH**

**CDU-Fraktion begrüßt  
erste Schritte zur  
Zukunftssicherung der  
Kliniken Höchst**

„Die Städtischen Kliniken Frank-  
furt am Main Höchst haben einen  
hervorragenden medizinischen  
Ruf. Wir sind froh, dass die Ent-  
scheidung über eine neue Organi-  
sationsform der Kliniken getrof-  
fen werden konnte“, bestätigte  
Dr. Ralf-Norbert Bartelt, Sprecher  
der CDU-Fraktion im Gesund-  
heitsausschuss.

In Anlehnung an krankenhaus-  
übliche Wettbewerbsstrukturen  
sollen die stationäre und ambu-  
lante Patientenversorgung recht-  
lich selbstständig in Form einer  
zentralen gemeinnützigen Gesell-  
schaft mit beschränkter Haftung  
(gGmbH) und mehreren gGmbHs  
bzw. GmbHs organisiert werden.  
Krankenhausfremde Strukturen,  
wie bspw. der Kindergarten  
vor Ort, werden ausgegliedert.  
Weitergehende Strukturentschei-  
dungen über die Einbindung der  
Klinikgesellschaften in eine grö-  
ßere Träger- bzw. Verbundstruk-  
tur wurden zurückgestellt.

„Die Organisation der Kliniken  
in rechtlich selbstständiger Struk-  
tur als gemeinnützige GmbH ist  
ein Schritt in die richtige Rich-  
tung, um die zukünftige Zentral-  
versorgung am Standort Höchst  
in allen medizinischen Bereichen  
sicherstellen zu können“, unter-  
strich auch Margrit Weißbach,  
CDU, Vorsitzende des Gesund-  
heitsausschusses.



Foto: Dezernat IX, Stadt Frankfurt



## Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg und die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen haben gezeigt, dass viele Menschen enttäuscht sind von der Politik insgesamt. Die Stimmungslage ist dabei stark gespalten: Während das Meinungsbild im Westen relativ stabil ist, herrscht im Osten auch weiterhin starke Verunsicherung. Die mangelhafte Umsetzung und Aufklärung über die Arbeitsmarktreformen, insbesondere über Hartz IV, werden jetzt nicht mehr nur der SPD, sondern auch der Union angelastet. Die daraus resultierenden Stimmen für die extremen Parteien waren Proteststimmen. Ein genereller Rechtsruck in Deutschland kann aber nicht abgeleitet werden.

Es ist jedoch ein deutliches Warnsignal. Nur durch eine verantwortungsvolle und sachgerechte Politik kann die Union das Vertrauen der Menschen wieder aufbauen und ihnen Perspektiven aufzeigen. Wir müssen uns auf allen politischen Ebenen als klare Alternative zu Rot-Grün darstellen und das Modell der solidarischen Gesundheitsprämie sowie die vorgelegten Konzepte in der Steuer- und Wirtschaftspolitik geradlinig und glaubwürdig vertreten. Die Menschen müssen erken-

nen, dass die Union einen ehrlichen Kurs fährt und auch unangenehme Wahrheiten ausspricht.

In Hessen haben wir das bewiesen: Mit der „Operation Sichere Zukunft“ vertreten wir einen klaren Kurs. Sicherlich sind die Einschnitte und Veränderungen, die viele Menschen betreffen, nicht leicht. Dennoch, zu den Sparmaßnahmen gab es keine Alternative. Dadurch werden die notwendigen Handlungsspielräume für die zukünftigen Generationen gesichert.



Wir haben die Lage beurteilt, entschieden und gehandelt. Deshalb müssen wir auch die Auseinandersetzungen und den Gegenwind ertragen.

In Frankfurt besteht unsere Aufgabe nicht nur darin, den Menschen zu zeigen, dass wir die entscheidende gestalterische Kraft in der Weiterentwicklung der Stadt sind. Vielmehr müssen die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich auch erleben, dass es ihnen mit unserer Politik in Frankfurt besser geht. Wir werden den Menschen klar vermit-

teln, wohin sich Frankfurt nach unseren Vorstellungen entwickeln soll. Dabei dürfen wir aber keine falschen Erwartungen erwecken.

Unser Konzept steht: Frankfurt ist ein moderner Wirtschafts- und Investitionsstandort. Diesen gilt es zu stärken, und dazu gehört auch der Ausbau des Frankfurter Flughafens. Frankfurt ist internationale Metropole und Mosaik seiner Stadtteile in einem. Wir müssen hier genauso Wohnmöglichkeiten für junge Familien in der Stadt schaffen wie

Verbesserungen der Wohnqualität für ältere Menschen. In der Verkehrspolitik brauchen wir eine Kombination aus Nah-, Individual- und Radverkehr. Wir werden das Mainufer weiterentwickeln, damit Frankfurt nicht nur am Main liegt, sondern auch am Main lebt. Dazu gehört die Untertunnelung der nördlichen Uferstraße und der Bau des

Parkhauses unter dem Main. Uns ist es in den vergangenen Jahren gelungen, mit städtischen Ordnungskräften und Videoüberwachung die Sicherheitspolitik unserer Stadt voranzubringen. Es ist uns wichtig, auch zukünftig in Frankfurt für Sicherheit und Sauberkeit zu sorgen.

Wir sind uns sicher, dass wir mit unserer Politik die Menschen überzeugen werden. Für Deutschland und auch für Frankfurt haben wir die besseren Antworten auf die wichtigen Zukunftsfragen.

In diesem Sinne grüßen wir Sie herzlich,  
Ihre

Udo Corts MdL,  
Kreisvorsitzender

Uwe Becker,  
Fraktionsvorsitzender

## Die Frankfurter CDU Eine moderne Großstadtpartei

**Von Uwe Becker,  
Fraktionsvorsitzender der CDU-  
Fraktion Frankfurt am Main**

Nach den für die CDU bei der Bundestagswahl 2002 gerade in den Großstädten enttäuschenden Wahlergebnissen, wurde vom Bundesvorstand der CDU ein Arbeitskreis ins Leben gerufen, der die besonderen Herausforderungen einer modernen Großstadtpolitik analysieren und zur programmatischen Weiterentwicklung der CDU beitragen soll.

Für die Frankfurter CDU sind Oberbürgermeisterin Petra Roth und die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Dr. Daniela Birkenfeld, Mitglied.

Überträgt man die bisherigen Ergebnisse auf Frankfurt, dann wird deutlich, dass sich die Frankfurter CDU in den zurückliegenden Jahren sehr weit schon zu einer modernen Großstadtpartei entwickelt hat und viele Handlungsfelder, die der Arbeitskreis aufzeigt, heute schon als feste Bestandteile der eigenen Frankfurtpolitik umsetzt. Dennoch sind die gewonnenen Erkenntnisse als Spiegelbild der großstädtischen Situation in Deutschland für die weitere Arbeit von großer Bedeutung, zeigen sie doch die gesamte Spannbreite auf, unter der Kommunalpolitik heute und in der Zukunft zu gestalten ist.

Städte und  
insbeson-



Foto: Wanka

*„Frankfurt ist internationale Metropole und Mosaik seiner Stadtteile zugleich.“*

dere Großstädte waren seit jeher Kristallisationspunkte der kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und damit gesellschaftlichen Entwicklung unseres Landes. Gesellschaftliche Veränderungen sind hier früher und deutlicher spürbar als etwa auf dem Lande. Sie vollziehen sich rasanter und umso schneller muss eine großstädtische Politik auch den damit verbunde-

nen Herausforderungen Rechnung tragen. Frankfurt hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten zu einer der dynamischsten Großstädte in Deutschland entwickelt. Ihre Internationalität, ihre zentrale Lage als nationaler und internationaler Verkehrsknotenpunkt und all jene Attribute wie Finanzhauptstadt, Messestadt, Kulturhauptstadt, Mainhattan oder Kernstadt der Region verdeutlichen dabei nur einen Ausschnitt der Rollenvielfalt unserer großartigen Stadt. Frankfurt ist Metropole und ein Mosaik seiner Stadtteile zugleich. Frankfurt ist Durchreisezentrum und Heimat, ein Ort, der mit Vorurteilen von außen beladen und mit Liebe von all jenen wahrgenommen wird, die hier heimisch geworden sind. Frankfurt ist lebendig pulsierend und vielerorts dörflich beschaulich zugleich. Die Unterschiedlichkeit der daraus resultierenden Lebensgefühle der Menschen und ihre unterschiedlichen Erwartungen an die politischen Handelnden, erfordern große Offenheit und die Fähigkeit, die eigenen Grundüberzeugungen mit den Herausforderungen der großstädtischen Gesellschaft in Einklang zu bringen, ohne dabei dem Zeitgeist hinterher rennen zu wollen.



Frankfurt – auch eine internationale Messestadt.

Die Frankfurter CDU hat diesen Herausforderungen in den zurückliegenden Jahren Rechnung getragen. Sie ist, gerade auch mit Oberbürgermeisterin Petra Roth und ihrem Kreisvorsitzenden Udo Corts, zu einer modernen Großstadtpartei geworden, die auf festen Grundwerten stehend, klare Antworten auf diese vielfältigen Anforderungen gibt, wenngleich sich dieses Bild noch nicht ausreichend in die unterschiedlichen Altersgruppen der Stadtgesellschaft Frankfurts übertragen hat. Wo beispielsweise einst die CDU mit ihren grundlegenden Reformen zum Erziehungsurlaub, dem von ihr beschlossenen Recht auf einen Kindergartenplatz oder ihren bildungspolitischen Initiativen als Familienpartei wahrgenommen wurde, wird ihr diese Eigen-



Der Kreisvorsitzende Udo Corts und die Oberbürgermeisterin Petra Roth stehen für die Entwicklung hin zu einer Großstadtpartei.

schaft in den deutschen Großstädten heute nur bedingt zugeschrieben. Dies mag daran liegen, dass man der CDU ein zu stark auf das klassische Familienbild zugeschnittenes Profil attestiert und daran einen Mangel an Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realitäten festmacht. In Frankfurt hat die CDU längst die Breite heutiger Lebensformen in ihre inhaltliche Arbeit aufgenommen. Dabei spielt die Unterstützung von Familien noch immer eine zentrale Rolle, wenngleich in einer Stadt mit über 50 % Single-Haushalten und den unterschiedlichsten Lebensgemeinschaften auch die Bedürfnisse anderer Bevölkerungsgruppen zu sehen



Vielfältige Feste, wie das Museumsuferfest, haben sich in Frankfurt etabliert.

sind. Der Christopher-Street-Day gehört inzwischen genauso zur Lebenswirklichkeit unserer Stadt wie ein breites Angebot an Unterhaltungs- und Freizeitaktivitäten von den Traditionsfesten wie Wäldcheshtag oder Dippemess bis hin zum Nachtleben in Frankfurts Clubs. Feste wie das Opernplatzfest sind nach politischem Disput inzwischen Bestandteil einer lebendigen Innenstadt, genauso wie sich auch neue Formen qualitätsvoller Kultur in der exzellenten Kulturlandschaft Frankfurts etablieren. Frankfurt lebt und dennoch darf die Stadt nicht überfrachtet und die Frankfurter Bevölkerung nicht überfordert werden mit dem, was sich auf Frankfurts Straßen und Plätzen vollzieht.

Die CDU tritt daher für ein Gesamtkonzept ein, das urbane Lebenswirklichkeit mit den Ansprüchen seiner Bevölkerung an Lebensqualität verknüpft. Zur Lebensqualität der Menschen gehören auch altersgerechte Angebote zum Wohnen und Leben. Die wachsende Zahl von Senioren erfordert ein Umdenken in der Wohnungspolitik der kommenden Jahre, wo in stärkerem Maße höherwertige Formen betreuten Wohnens auf den Markt gelangen und auch altersgerechte Stadtteilstrukturen entstehen müssen. Am anderen Ende der Alterspyramide gilt es, die notwendige Zahl von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder zu schaffen, Angebote auch für

unter 3-Jährige zu fördern und verstärkt Ganztagsbetreuung zu realisieren, um gerade Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur auf dem Papier zu ermöglichen. Auch das Angebot an bezahlbarem Wohnraum oder Wohneigentum für junge Familien muss weiter ausgebaut werden, um dem Wegzug ins Umland entgegenwirken zu können. Stadtteilstrukturen wie am Riedberg, bei dem sich die Frankfurter CDU schon vor Jahren für familiengerechte Reihen- und Einfamilienhäuser eingesetzt hat, sind dabei beispielhaft.

Auch in anderen Feldern überzeugt die Frankfurter CDU als moderne Großstadtpartei. Sie tritt für ein lebendiges Frankfurt ein, und



*Kinderbetreuung fördern und schaffen ist Anliegen der CDU.*



*Ein neuer Stadtteil entsteht: Riedberg.*

hat neben der baulichen Weiterentwicklung des Mainufers auch die Ansiedlung von Gastronomie und Unterhaltung an den Ufern des Mains zum Programm gemacht. Mit dem Beleuchtungskonzept von Stadtrat Schwarz wird nun der Main auch abends zum attraktiven Erlebnisraum und Anziehungspunkt. Frankfurt soll nicht nur am Main liegen, sondern am Main leben. Mit dem Parkhaus unter dem Main möchte die CDU nicht nur Parkplätze realisieren, sondern die nördliche Mainuferstraße in einen Tunnel legen, damit die Altstadt an den Main rückt und eine herausragende Ufer- und Platzsituation entsteht; der schönste Uferplatz einer deutschen Großstadt, an den sich ein ansprechender Wohnungsbau entlang der Ufer anschließt. Wo Menschen woh-

nen, muss aber auch die verkehrliche Infrastruktur stimmen. Dazu gehört für die Frankfurter CDU der Individualverkehr genauso wie ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr. Die von Rot-Grün immer wieder negativ beladene Postulierung der CDU als Autofahrerpartei stimmt dabei nur insofern, als sich die Union den Erfordernissen eines leistungsfähigen Straßennetzes stellt, und Straßen genauso wie ein ausreichendes Angebot an Parkplätzen in der Innenstadt für erforderlich hält. Es zeichnet die CDU aus, dass sie nicht am Verkehrsverhalten der Menschen vorbei plant, sondern die unterschiedlichen Verkehrsmittel und – wege unterstützt. Während für die Frankfurter CDU etwa Radwege inzwischen zum integralen Bestandteil des Verkehrs ge-

hören, leben Frankfurts Grüne noch immer mit dem erzieherischen Bild einer nahezu autofreien Innenstadt, was nicht nur für Frankfurt als Einkaufsstadt mit katastrophalen Folgen verbunden wäre. Wo die CDU sich den Anforderungen der Lebenssituation der Menschen in unserer Stadt stellt, ist also festzustellen, dass gerade die angeblich so großstädtischen Grünen noch tief in ihrem Nischendenken verhaftet sind. An keiner anderen Stelle wird dies so deutlich wie etwa beim dringend notwendigen Ausbau des Frankfurter Flughafens, gegen den Grüne und SPD zu Felde ziehen. Mehr noch aber als an diesem schon immer konfliktreichen Punkt der politischen Auseinandersetzung wird an anderen Stellen deutlich, dass die Frankfurter CDU mit ihren



*Die CDU setzt sich für die Entwicklung des Mainufers ein. Frankfurt soll nicht nur am Main liegen, sondern am Main leben.*



Frankfurts Rollenvielfalt als Finanzzentrum oder Messestadt steht in direkter Abhängigkeit von der Leistungsfähigkeit des Flughafens.



Die Parade der Kulturen – Frankfurt, eine internationale Großstadt.

Positionen die inhaltliche Führung der Stadt bestimmt. Betitelt ein SPD und Grüne die Integrationspolitik der Union als Versuch der Assimilierung, so sind die Programme von Integrationsdezernent Dr. Magen inzwischen breit anerkannt, und es gehört zum Grundkonsens aller, dass eine der Voraussetzungen des Zusammenlebens in unserem Land das Erlernen der deutschen Sprache ist. In einer Stadt mit einem Drittel nichtdeutscher Einwohner spielt die Integration in unser Gesellschafts- und Wertesystem eine entscheidende Rolle. Die Frankfurter CDU geht auch hier offen an die notwendigen Themen heran, liegt es doch im Interesse aller, dass das friedliche Miteinander, das diese Stadt auszeichnet, auch auf Dauer gesichert bleibt. Der Spannungsbogen reicht hier von der Integration der friedlich hier lebenden Ausländer bis hin zur konsequenten Abschiebung jener, die sich auf Dauer nicht in unser Gesellschafts- und Wertesystem einfinden wollen.

Die Menschen in unserer Stadt verlangen nach Sicherheit; nach sozialer Sicherheit genauso wie nach persönlicher Sicherheit im öffentlichen Raum. Auch hier hat die CDU in den zurückliegenden Jahren Akzente gesetzt und mit städtischen Ordnungskräften und Videoüberwachung einen wichtigen Beitrag zur Sicherheitssituation in unserer Stadt geleistet. Diesen Weg will die CDU

konsequent weitergehen, und etwa auf der Zeil neben der dringend notwendigen Verschönerung für noch mehr Sicherheit und Sauberkeit sorgen. Die Punker-Szene am Brockhausbrunnen soll aufgelöst und eine Verbesserung der Situation an der Hauptwache vor dem Kaufhof erreicht werden. Dazu gehört auch der Einbezug sozial- und gesundheitspolitischer Maßnahmen. Die Fortführung des Frankfurter Weges in der Drogenpolitik unter Stadtrat Burggraf verdeutlicht, dass die Frankfurter CDU den Abhängigen und damit den Kranken Unterstützung anbietet, genauso konsequent aber auch mit aller Härte gegen jene vorgehen will, die etwa als Dealer ihr Unwesen



Sicherheit und Sauberkeit sind wichtige Themen für die CDU.

treiben. Denn natürlich darf bei der Betrachtung der unterschiedlichen Lebensformen unserer Stadt nicht außer Acht gelassen werden, dass die breite Mittelschicht unserer Stadtbevölkerung nicht durch eine Konzentration auf Einzelgruppen und -interessen vernachlässigt werden darf. Deshalb gilt es auch, den Menschen dort Heimat zu bieten, wo sie zu Hause sind; in ihren Stadtteilen, wo der Bornheimer noch Bernemer und der Nieder-Eschbacher noch Eschbäjer ist. Die Förderung und Unterstützung der zahlreichen Vereine gehört daher genauso zur Kommunalpolitik wie die Berücksichtigung der Interessen großer Verbände, Kammern oder Institutionen. Kommunalpolitik ist gerade auch Stadtteilpolitik, was sich in der baulichen Verschönerung von Ortskernen und Plätzen bis hin zu den sozialen Fragestellungen von Wohnsiedlungen deutlich macht. Dass dies unter den derzeit schwierigen Haushaltsbedingungen überhaupt möglich ist, ist auch ein Verdienst von Stadtkämmerer Hemzal, der die notwendige Konsolidierung mit politischem Gestaltungswillen verbindet.

Die Frankfurter CDU wird in einer Arbeitsgruppe aus Fraktion und Partei die inhaltliche Weiterentwicklung ihrer Frankfurtpolitik in den kommenden Monaten beraten und damit den Frankfurterinnen und Frankfurtern ein attraktives Programm zur Kommunalwahl 2006 vorlegen.



## Aus der Partei

### „Vorbilder für ein freies Deutschland“

Udo Corts würdigte die Frauen und Männer des Widerstandes

Vor mehr als 1.000 Schülerinnen und Schülern aus ganz Hessen hat am 13. Juli 2004 Udo Corts, Hessischer Minister für Wissenschaft und Kunst sowie Kreisvorsitzender der Frankfurter CDU, in der Frankfurter Paulskirche die Preise im hessenweiten Wettbewerb „Jugend debattiert: Was bedeutet uns der Widerstand gegen den Nationalsozialismus heute?“ verliehen. „Ich freue mich“, so Corts, „über das große positive Echo, das unser Wettbewerb gefunden hat. Wenn es Vorbilder für ein freies, demokratisches Deutschland gibt, dann sind das die Frauen und Männer des Widerstands. Ihr Vermächtnis auch jungen Menschen im 21. Jahrhundert nahe zu bringen, war Ziel unserer Ini-



Foto: Zell

Staatsminister Udo Corts MdL und die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Alexandra Prinzessin von Hannover beim Gang durch die Ausstellung über den 20. Juli 1944 in der Frankfurter Paulskirche.

tiative.“ Michael Endres, der Vorstandsvorsitzende der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, die das Projekt auf Initiative des Bundespräsidenten durchführt, fügte hinzu: „Erziehung zur Demokratie ist eines der wichtigsten Anliegen der Stiftung. Mit die-

sem Wettbewerb sind wir dem Ziel näher gekommen.“ Die Preisverleihung fand im Rahmen einer Gedenkveranstaltung für Schulen statt, an der zahlreiche Überlebende des Widerstandes und ihre Angehörigen teilnahmen. (jr)

### Partnerschaft für USA-Interns-Programm unterzeichnet

Udo Corts: „Ein großer Schritt für die deutsch-amerikanische Freundschaft“

Die Steuben-Schurz-Gesellschaft e.V. in Frankfurt am Main und das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK) werden ihre Aktivitäten zur Förderung transatlantischer Beziehungen im Rahmen des USA-Interns-Programms durch eine Partnerschaftvereinbarung koordinieren. Staatsminister Udo Corts MdL und David Fisher, Präsident der Steuben-Schurz-Gesellschaft e.V., unterzeichneten im Amerika-Haus Frankfurt ein entsprechendes Abkommen. Die Partner stellen jeweils Praktikumsplätze für amerikanische Studierende in Hessen und für hessische Studierende in den USA zur Verfügung. Corts sagte: „Die Vereinbarung ist ein weiterer großer Schritt in dem Bestreben der Hessischen Landesregierung, sich aktiv für die transatlantischen Beziehun-

gen und die deutsch-amerikanische Freundschaft einzusetzen. Durch die Teilnahme am USA-Interns-Programm können junge Menschen nicht nur Praxiserfahrungen neben dem Studium sammeln, sondern auch Freundschaften über den Ozean hinweg knüpfen.“ 2004 wurden insgesamt 60 Praktika an Studierende beider Länder vermittelt. Im Jahr 2005 will die Steuben-Schurz-Gesellschaft die Zahl dieser Praktika ver-

doppeln. Neben dem HMWK und dem US-Generalkonsulat Frankfurt unterstützen der American-German Business Club und die American Chamber of Commerce das USA-Interns-Programm. Weitere Partner sind unter anderem BMW, die Bundesbank und das ZDF. (jr)

**Weitere Informationen unter:**

- ▶ [www.usa-interns.org](http://www.usa-interns.org)
- ▶ [www.steuben-schurz.org](http://www.steuben-schurz.org)



Foto: Arnold

Staatsminister Udo Corts MdL und David Fisher, Präsident der Steuben-Schurz-Gesellschaft e.V. (v.l.n.r.). Im Hintergrund: US-Generalkonsul Peter Bodde.

## CDU Kalbach: Feierstunde für verdiente Mitglieder

Der CDU-Stadtbezirksverband Kalbach ehrte seine beiden Mitglieder Helmut Reischmann und Franz Syha für 40-jährige Mitgliedschaft. Beide



Kalbachs junger CDU-Vorsitzender Jan Schneider bei der Laudatio für Helmut Reischmann (rechts) und Franz Syha (links). Im Bild ganz rechts Stadtkämmerer a. D. Dr. Ernst Gerhardt, ganz links Heinrich Pfeifer, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Ortsbeirat 12.

Persönlichkeiten prägten die Kalbacher CDU entscheidend:

Reischmann nahm 1972 als Vorsitzender der Kalbacher CDU an den Eingemeindungsverhandlungen mit Frankfurt am Main teil, machte dann als Stadtverordneter im Römer „Karriere“ bis hinauf zum Stadtverordnetenvorsteher (1994–1997) und schied 2001 aus der aktiven Kommunalpolitik aus.

Syha führte den CDU-Verband von 1972 bis 1984. Unter seiner Ägide gelang es der erst 1964 gegründeten Orts-CDU, die SPD-Hochburg Kalbach zu erobern. Syha amtierte von 1977 bis 1993 als Ortsvorsteher des Ortsbeirates 12. Heute ist er Ortsgerichtsvorsteher des Stadtteils. (jr)



Gehörte zu den ersten Gratulanten: Der CDU-Kreisvorsitzende, Staatsminister Udo Corts MdL, überreicht Sieglinde Fedel einen Blumengruß.

## Sieglinde Fedel 80 Jahre

Als Sieglinde Fedel 2003 ihr Amt als Vorsitzende der Frankfurter Senioren-Union niederlegte, hatte sie zuvor scherzhaft geäußert: „Nächstes Jahr werde ich 80, und dann muss ich bereits aufgehört haben. Alles andere gehört sich einfach nicht.“ Wie eigentlich immer, ist sich Sieglinde Fedel auch hier treu geblieben. Die gebürtige Ostpreußerin gehörte von 1993–2001 für die CDU dem Stadtparlament an. Gesundheit und Soziales bildeten ihren politischen Schwerpunkt. Von 1991–2003 führte sie überaus erfolgreich die örtliche Senioren-Union. Am 24. August feierte die verdiente Parteifrau, ausgezeichnet mit dem Bundesverdienstkreuz, ihren 80. Geburtstag. (jr)

## CDU Sindlingen: Goldene Hochzeit von Theo und Anni Sittig

Am 25. August 2004 feierten Anni und Theo Sittig in der Wallfahrtskirche zu Marienthal im Rheingau goldene Hochzeit. Beide Eheleute sind gemeinsam 77 Jahre Mitglied der CDU, Anni seit 1985, ihr Mann Theo gehörte 1946 sogar zu den Gründern der Union im Frankfurter Stadtteil Sindlingen, war lange Jahre Vorsitzender der Bezirksgruppe und ist heute noch immer aktiver Ehrenvorsitzender. Aber was das Jubelpaar wirklich vereint, ist die Liebe zur Musik. 30 Jahre lang richteten beide während der Schulferien deutsch-französische



Feierten goldene Hochzeit: Theo und Anni Sittig.

Musikwochen mit vielen jungen Talenten aus. Noch heute leiten die Sittigs mit Leidenschaft den Singkreis der Senioreninitiative Höchst. (jr)

## Alfons Gerling 60 Jahre

500 Gäste von nah und fern kamen in die Stadthalle Zeilsheim, um dem Frankfurter Landtagsabgeordneten Alfons Gerling zu seinem 60. Geburtstag zu gratulieren. Die Laudatio hielt der Vizepräsident des Hessischen Landtages, Frank Lortz MdL.

Gerling, seit 33 Jahren auch Vorsitzender des Zeilsheimer Vereinsringes, sei ein Synonym für Bürgernähe und Volksverbundenheit. Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Franz Josef Jung, nannte Gerling gar den „ungekürnten König von Zeilsheim“. (jr)



Von Gratulanten umringt: Alfons Gerling MdL (2.v.l.) mit Frank Lortz MdL, Prof. Dr. Heinz Riesenhuber MdB und Dr. Franz Josef Jung MdL (v.l.n.r.).

## Frankfurter Feuerwehr mit Staffelkonzept Spitze

**Innenpolitiker besuchten das Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum (BKRZ) in Frankfurt am Main.**

„Mit dem BKRZ wurde der größte Meilenstein im Ausbau des gesamten Sicherheitssystems in der 130-jährigen Geschichte der Frankfurter Feuerwehr geschaffen“, stellte der Frankfurter Landtagsabgeordnete Boris Rhein bei einem Besuch des Arbeitskreises Innenpolitik der CDU-Landtagsfraktion am 17. August 2004 im BKRZ fest. Die Innenpolitiker nutzten den Besuch, um sich über das technische Niveau, den Ausbildungsstand und das neue Einsatzkonzept der Frankfurter Feuerwehr zu informieren. Mit dem so genannten Staffelkonzept werden zusätzlich

kleinere, dezentral im Stadtgebiet verteilte Feuerwachen geschaffen. Die Hilfsfrist von 10 Minuten wird dadurch überall eingehalten. „Wir sind künftig schneller vor Ort und erhöhen die Sicherheit der Bevölkerung“, betonte der stellvertretende Frankfurter Brandschutzdezernent, der ehrenamtliche Stadtrat Peter Mensinger. Mit diesem Einsatzkonzept übernehme die Frankfurter Feuerwehr bundesweit eine Vorreiterrolle. „Stadt und Land arbeiten beim Brandschutz erfolgreich Hand in Hand“, hob die ebenfalls anwesende Staatssekretärin im Hessischen Innenministerium, Oda Scheibelhuber, hervor und unterstrich das finanzielle Engagement der Hessischen Landesregierung in Höhe von fünf Millionen bei diesem Projekt. (tf)



Politiker „im Einsatz“ (v.l.n.r.): Markus Frank, brandschutzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Frankfurt, Boris Rhein MdL, Birgit Zeimetz-Lorz MdL, Vorsitzende des Arbeitskreises Innenpolitik der CDU-Landtagsfraktion.

### Hintergrund:

Das BKRZ wurde Mitte 2003 eingeweiht und gewährleistet eine einheitliche Führung der wichtigsten Einrichtungen von Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Brandschutz und führt diese erstmalig an einem Standort zusammen.

## Hessische Landespolitik hautnah erlebt

**Neumitglieder besuchten den Hessischen Landtag.**

Weit über 50 Neumitglieder sind am 15. September 2004 der traditionellen Einladung der Frankfurter Landtagsabgeordneten in den Hessischen Landtag gefolgt. Der Kreisvorsitzende der Frankfurter CDU, Staatsminister Udo Corts MdL, ließ es sich nicht nehmen, die neuen Mitglieder am Eingang persönlich in Empfang zu nehmen und zu begrüßen. Nach einer Führung durch das Schloss wurden in einer Diskussionsrunde den Frankfurter Landtagsabgeordneten Fragen gestellt, Anregungen gegeben und sich über politische Themen auseinander gesetzt. Besonders interessant waren hierbei die Beiträge zum Kopftuchverbot und zum Streit über das deutsche Schulsystem. Hierbei wurde das Kopftuch als Symbol einer politisch radikalen Ausrichtung des Islam gewertet.

Die Runde war sich einig, dass das Tragen eines Kopftuches kein Akt des Glaubens ist, sondern eine poli-



Gruppenbild: CDU-Neumitglieder auf Stippvisite im Hessischen Landtag.

tische Demonstration, die sich gegen die Werte des Grundgesetzes richtet. Nach einem Imbiss stand die Teilnahme an der Plenarsitzung zum

Thema Weiterentwicklung der Kinderbetreuung in Hessen als krönender Abschluss auf der Tagesordnung. (hm)

## Nanotechnologie – Innovation für die Zukunft

**Wirtschaftspolitiker besuchten Degussa Advanced Nanomaterials in Hanau.**

Einen Ausflug in die „Welt von morgen“ der kleinsten Dimensionen unternahm der Arbeitskreis Wirtschaft und Verkehr der CDU-Landtagsfraktion unter der Leitung des wirtschaftspolitischen Sprechers und Frankfurter Landtagsabgeordneten Michael Boddenberg bei einem Besuch am 26. August 2004 im Industriepark Wolfgang in Hanau. „Kleiner-schneller-klüger lautet die Devise bei der künftigen Entwicklung dieser Zukunftstechnologie“, wählte der Projektleiter von Degussa Advanced Nanomaterials, Dr. Markus Pridöhl, den Einstieg für die Politiker, die sich über den aktuellen Forschungsstand der Nanotechnologie informierten. Selbstreinigende Fenster, Prothesen aus biokompatiblen Stoffen, Fliegen mit Sonnenlicht, automatische Krankenpfleger sind einige Beispiele,

wie sich das Leben durch den weiteren Einzug von Nanotechnologie verändern wird. Mittels nanotechnologischer Forschung und Entwicklung können Produkte und Materialien hergestellt werden, die nachhaltig zum gesellschaftlichen Fortschritt beitragen. Sie können einen Beitrag leisten zum abgasarmen Verkehr, eine deutlich verbesserte technische Kommunikation

ermöglichen und die medizinische Versorgung optimieren. „Wir müssen die großen Chancen dieser neuen Schlüsseltechnologie nutzen, dabei auch die Risiken analysieren und mögliche Gefährdungspotenziale frühzeitig eindämmen“, sagte Boddenberg. Diese Zukunftstechnologie bietet zudem auch ein immenses wirtschaftliches Potenzial für die Rhein-Main-Region. (tf)



Foto: Fieda  
„Fit für kleinste Teilchen“: Ein Projektleiter demonstriert die Funktion eines Teilchenreaktors (vorne, v.l.n.r.): Michael Boddenberg MdL und Uwe Becker, Vorsitzender der CDU-Fraktion Frankfurt.

## „Sozialpolitische Tour“ durch Frankfurt

**Der Arbeitskreis Sozialpolitik der CDU-Landtagsfraktion zu Besuch am 25. August 2005 beim Interkulturellen Altenhilfezentrum, beim Forum Lebenshilfe und bei der Suchthilfestelle in Frankfurt am Main.**

Der stellvertretende Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses im Hessischen Landtag, der Frank-

furter Landtagsabgeordnete Alfons Gerling, informierte sich mit seinen Arbeitskreiskollegen im „Interkulturellen Altenhilfezentrum Victor-Gollancz-Haus“ und im „St. Katharinen-Wohnstift“ in Sossenheim. Der Frankfurter Verband für Alten- und Behindertenhilfe e.V. stellt sich mit dem Victor-Gollancz-Haus auf den steigenden Bedarf und die spezifischen Bedürfnisse, Lebensgewohn-

heiten und kulturellen Prägungen älterer Migranten ein. Im neu gebauten Zentrum „Forum Lebenshilfe“ wurde den Sozialpolitikern das System pädagogischer, therapeutischer und psychologischer Angebote für Menschen mit geistiger Behinderung vorgestellt. Am Ende der „Sozialpolitischen Tour“ erläuterte der Frankfurter Gesundheitsdezernent, Stadtrat Nikolaus Burggraf, in der Suchthilfestelle die Heroin- und Methadonvergabe sowie die Drogenproblematik der Stadt. (tf)



Foto: Fieda

Besichtigten die Suchthilfestelle in der Grünen Straße: Ulrich Caspar MdL, Stadtrat Nikolaus Burggraf, Alfons Gerling MdL und Dr. Ralf-Norbert Bartelt, Leiter des Arbeitskreises Gesundheit der Frankfurter CDU.

### Hintergrund:

Frankfurt am Main beteiligt sich an einem bundesweiten Modellprojekt, das prüft, ob Opiatabhängige durch eine heroingestützte Behandlung stabilisiert und zur Aufnahme einer weitgehenden Behandlung motiviert werden können.

# Kommunen unter Globalisierungsdruck

## CDU-Sozialausschüsse debattierten mit „attac“

Von Dr. Matthias Zimmer

**Globalisierung: ein „Plastikwort“, das bei vielen Menschen auch Befürchtungen hervorruft. Allzu häufig verbindet man damit die Abwanderung von Kapital und Arbeitsplätzen. Aber auch die Kommunen stehen in der Globalisierung vor neuen Herausforderungen. Welche klassischen Felder der Daseinsvorsorge können, sollen privatisiert werden? Wie steht es mit der Zukunft kommunaler Selbstverwaltung im Spannungsfeld von Marktliberalisierung und Gemeinwohlorientierung? Haben die Kommunen noch Entscheidungsraum oder stehen sie unter Anpassungsdruck und müssen auf Sachzwänge reagieren?**

Eine pauschale Kritik an der Globalisierung hilft nicht weiter. Frankfurt ist zum einen Globalisierungsgewinner, hat sich mit dem Flughafen, der Messe und der Börse gut im Wettbewerb der Städte positioniert. Ebenso wenig ist es hilfreich, pauschal den Markt abzulehnen. Der Markt ist



Zwischen Tradition und „globaler“ Moderne:  
Die Frankfurter Börse bei Nacht.



Diskutierten über die Globalisierungsfolgen für die Kommune (v.l.n.r.): Stadtkämmerer Horst Hemzal, Stephan Siegler, Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse in Frankfurt am Main, Dr. Matthias Zimmer, Landesvorstand der CDA Hessen und Dominik Fette, Bundesbüro attac.

sinnvoll und notwendig, muss aber reguliert werden. In einigen Fällen geht die Zeit darüber hinweg; niemand käme heute mehr auf die Idee, den Brotpreis zu regulieren. In anderen Bereichen ist es aus Gründen des Gemeinwohls notwendig, Marktkräfte zu suspendieren – vor allem dort, wo der Wettbewerb nicht funktioniert oder Kosten-Nutzen-Kalküle nicht greifen.

So machte auch Stadtkämmerer Horst Hemzal in der von der CDA veranstalteten Diskussion klar: Eine einseitige Orientierung auf die Kräfte des Marktes ist in der Kommune nicht sinnvoll. Stabile soziale Verhältnisse sind selbst ein Standortfaktor im Wettbewerb der Städte und Regionen. Er wandte sich aber auch gegen eine pauschale Globalisierungskritik: Die Stadt Frankfurt verdanke der Globalisierung Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum. Besorgt äußerte sich Hemzal zu der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit. Er wünsche sich einen „atmenden“ Arbeitsmarkt, der dann Gehaltsab-

schläge zulasse, wenn die Konjunktur schwach sei. Ebenso könnten im öffentlichen Dienst, so Hemzal, Beschäftigungsimpulse nicht von einer Steigerung der Wochenarbeitsstunden ausgehen.

In der mit dem attac-Vertreter teilweise kontrovers geführten Diskussion wurden Gemeinsamkeiten, aber auch grundsätzliche Differenzen deutlich. Der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse Stephan Siegler konnte am Ende einer gut besuchten Veranstaltung resümieren, dass die Positionen markiert und der Dialog eröffnet sei. Die CDA stelle sich den Fragen der Globalisierungskritiker und versuche, sie in den politischen Prozess mit einzubinden.

Die CDA Hessen hat unter dem Titel: „Globalisierung, Gerechtigkeit und Solidarität. Bausteine einer Sozialpolitik im 21. Jahrhundert“ ein umfangreiches Papier verabschiedet. Es kann im Internet eingesehen werden unter:

» <http://www.cda-bund.de/themen/globalisierung/040417-Hessen-LA.pdf>

Frauen-Union:

## Diskussionsforum zu ADS/Hyperaktivität

Ein neuer Begriff hat den des Zappel-Philipps aus Heinrich Hoffmanns Struwwelpeter abgelöst: Aufmerksamkeitsdefizit-Syndrom (ADS)/Hyperaktivität. Dieses umfasst mehr als Unruhe oder Fahrigkeit eines Kindes, das nicht stillsitzen kann. Nahezu zeitgleich mit ADS wurde eine hilfreiche, aber nicht unumstrittene medikamentöse Therapie bekannt: Ritalin/Methylphenidat. Für Gabriele Schmötzer, Oberärztin in der Kinder- und Jugendpsychiatrie der Frankfurter Uni-Klinik, steht eine sinnvolle Behandlung der Erkrankung ADS auf drei Säulen. Einerseits sei die pharmakologische Behandlung mit Ritalin unablässig, andererseits stelle die psychologische Betreuung des Kindes sowie die Aufklärung und Interaktion mit

den betroffenen Angehörigen eine wichtige Basis zum ganzheitlichen Ansatz der Heilung dar. Wichtig dabei sei: Es kann kein uniformer Heilungsprozess definiert werden. In Zusammenarbeit mit dem „kleinen“ Patienten und dessen Eltern müsse eine individuelle Therapie

ausgearbeitet werden. Fazit: Das Interesse für die Belange und Nöte der Kinder und das wirkliche Hinterfragen auffälliger Verhaltensweisen sind wohl ein erster und hilfreicher Schritt zur Früherkennung und Behandlung von unter ADS leidenden Kindern. (hm)



Foto: Wuth

Hochkarätige Teilnehmer (v.l.n.r.): Dagmar Dietz, Gründerin der ADS-Selbsthilfegruppe, Dr. Daniela Birkenfeld, Stadtverordnete und Vorsitzende der Frauen-Union Frankfurt, Dr. med. Hans von Lüpke, Kinderarzt, Dr. Frank Pastorek, Leiter der Heinrich-Hoffmann-Schule, Dr. med. Gabriele Schmötzer und die Stadtverordnete Hella Welker, Leiterin des CDU-Arbeitskreises Schule.

CDU Sachsenhausen-Mitte:

## Hartz IV und die Folgen für Frankfurt am Main

„Einschließlich Kinder und Familienangehörigen werden unter den Bedingungen von Hartz IV ab Januar 2005 in Frankfurt am Main mindestens 53.000 Menschen leben müssen – Tendenz steigend“. Diese hohe Zahl nannte Hans-Peter Griesheimer, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Frankfurt (früher Arbeitsamt), am 21. September 2004 auf einer bis auf den letzten

Platz gefüllten Veranstaltung der CDU Sachsenhausen-Mitte zum Thema „Hartz IV und die Folgen für Frankfurt am Main“. „Wie wird Hinzuverdienst angerechnet? Was darf ich auf dem Sparbuch haben? Welche Arbeit ist zumutbar? Habe ich zukünftig mehr oder weniger Geld?“, Griesheimer beantwortete alle Fragen und meinte, dass die bisherigen Sozialhilfeempfänger mehr Geld in der Ta-

sche haben werden, Langzeitarbeitslose aus dem Bereich der Facharbeiter, der kaufmännischen Berufe und des mittleren Managements aber weniger als bisher. Beziehen von Hartz-IV-Geld könne ab dem kommenden Jahr jede zumutbare Arbeit zugewiesen werden. Er hoffe, dass es zusätzlich zu den 1-Euro-Jobs gelingen werde, bis zu 6.000 Arbeitsmöglichkeiten im zweiten Arbeitsmarkt zu schaffen. Insbesondere für den Handwerksbereich eröffne sich damit die Chance, öffentlich subventioniert zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Jochem Heumann, Vorsitzender der CDU Sachsenhausen-Mitte, erklärte: „Hartz IV wird das Leben vieler Menschen einschneidend verändern und die Kommunalpolitik in Frankfurt noch auf lange Zeit beschäftigen. Das Thema wird auf der Agenda unseres Stadtbezirksverbandes bleiben.“ (jr)



Foto: Feichmann

Stadtrat Peter Mensinger, Stadtverordneter Jochem Heumann und Hans-Peter Griesheimer (v.l.n.r.).

CDU Dornbusch:

## Hochwertiges und sicheres Wohnen im Stadtteil

Im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung des CDU-Stadtbezirksverbandes Dornbusch stellte Stadtrat und Planungsdezernent Edwin Schwarz die Pläne für das Bauprojekt „Dornbuschhöfe“ vor. Dieses städtebauliche Wohnkonzept ist das Resultat einer Zusammenarbeit der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Hessen mbH (GWH) mit dem Architekturbüro Prof. Bremmer, Lorenz, Frielinghaus, dem Stadtplanungsamt und dem Polizeipräsidium Frankfurt am Main. Die „Dornbuschhöfe“ werden citynah eingebettet zwischen dem architektonisch-modernen Polizeipräsidium und dem Hessischen Rundfunk. Auf dem 25.800 qm großen ehemaligen PX-Gelände der US-Army entstehen drei Wohnhöfe mit Begrünung und



Hof I – Blick in den Wohnhof.

zahlreichen Spielplätzen, insgesamt 203 hochwertige Eigentums- und 71 Mietwohnungen. Jeder der autofreien Wohnhöfe wird in sich geschlossen und ausschließlich den Bewohnern des jeweiligen Hofes zugänglich sein. Die Dornbuschhöfe erfüllen außerdem als

erste Wohnanlage in Frankfurt die umfangreichen Anforderungen der Polizei an sicheres Wohnen. Aus diesem Grund hat die Abteilung für Kriminalprävention des Polizeipräsidiums Frankfurt der Siedlung das Gütesiegel für „Ausgezeichnete Wohnsicherheit“ verliehen.

„Hier haben wir in Kooperation mit der Polizei ein echtes Pilotprojekt durchgesetzt“, erklärte Schwarz. Die ersten Wohnungen werden 2005 bezugsfertig sein. „In Frankfurt läuft doch etwas“, freute sich auch der Vorsitzende der CDU Dornbusch, Boris Rhein MdL. (jr)

Senioren-Union:

## Mobilität in jedem Alter

Über die Mobilität in der Stadt Frankfurt am Main informierte der Geschäftsbereichsleiter Marketing und Mobilitätsforschung von traf-

fiQ – Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Dr. Johannes Theißen, über 150 Mitglieder der Senioren-Union beim mo-

natlichen Treffen am 7. September 2004. Theißen war in Begleitung von traffiQ-Mobilitätsberatern in das Haus Ronneburg gekommen, um die Arbeit von traffiQ sowie spezielle Angebote für Senioren vorzustellen. In seinem Vortrag stellte Theißen insbesondere die – auch für Senioren gedachte – „9-Uhr-Karte“ vor, die auf Vorschlag von traffiQ im Dezember 2004 im RMV-Gebiet eingeführt wird und für einen Preis von 49,90 €/Monat in Frankfurt verkauft wird. Der Jahrespreis für zwölf Monate liegt bei 499,00 €. Weiter informierte er über das breit gefächerte Beratungsangebot von traffiQ, darunter die Angebote der Mobilitätszentrale „Verkehrinsel“ an der Hauptwache.



Kompetente Mobilitätsberatung (v.r.n.l.): Christof Warnke, Vorsitzender der Senioren-Union Frankfurt, Dr. Johannes Theißen und seine Mitarbeiterinnen.

» Internet: [www.traffiQ.de](http://www.traffiQ.de)  
 » traffiQ-Hotline: 0 18 05 – 06 99 60

## Sommertour 2004 der CDU Gallus/Gutleut

Von **Thomas Kirchner**

Mit einer Busfahrt nach Unterfranken gelang der CDU Gallus/Gutleut ein sanfter Übergang von der Sommerpause zurück ins politische Tagesgeschäft. Rund fünfzig Mitglieder aus den Stadtbezirksverbänden Gallus/Gutleut, Rödelheim/Hausen und Sossenheim folgten am 5. September 2004 der Einladung des CSU-Ortsverbandes Wiesthal zum Kartoffelfest. Die Präsenz des CSU-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Zöllner und einer echten Miss verlieh dem Fest einen besonderen Glanz. Bei Sonnenschein genoss man in einem Holzmeiler gegrilltes Lakefleisch, eine fränkische Spezialität, selbst gemachten Kuchen, bayerisches Bier vom Fass und in Feuer gebratene Kartoffeln.



Mit CSU-Flagge. Im Bild u.a.: Wolfgang Zöllner MdB (2.v.l.), Miss Spessart Sonja Büdel (3.v.l.), CSU-Ortsverbandsvorsitzender Frank Brückner (4.v.l.), CSU-Kreisvorsitzender Klaus Bittermann (5.v.l.), Oswald Zöttlein (3.v.r.) und Thomas Kirchner (4.v.r.), CDU-Vorsitzender Gallus/Gutleut.

Dabei kam auch die Kultur nicht zu kurz. Von Wiesthal aus ging es weiter nach Lohr am Main. Die historische Altstadt gilt als mittelalterliches Kleinod.

## CDU Zeilsheim: Info-Fahrt zum Flughafen Hahn

Ein Tagesausflug führte den CDU-Stadtbezirksverband Zeilsheim zusammen mit Parteifreunden aus Sindlingen, Sossenheim und Untertliedebach zum Flughafen Hahn, dem Rheinland-Pfalz-Ableger des Frankfurter Flughafens. Die Christdemokraten informierten sich über die weiteren Ausbaupläne des Flughafens Hahn im Hinblick auf eine Entlastung des Rhein-Main Airports. „Die Möglichkeit des Nachtflugverkehrs in Hahn bildet eine Voraussetzung für die Erweiterung des Frankfurter Flughafens“, berichtete Zeilsheims CDU-Vorsitzender



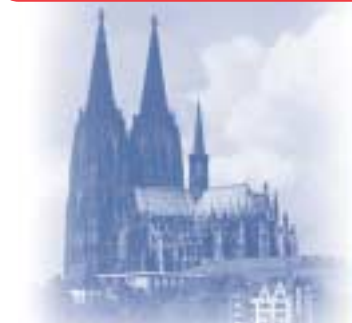
Flughafen Hahn.

Alfons Gerling MdL, der die Busreise organisiert hatte.

Bei einer Führung durch die beiden Terminals lernten die Teilnehmer die Organisation des Flugbetriebs kennen. Weitere Stationen der Ausflugsfahrt waren die Edelsteinstadt Idar-Oberstein und der rheinhessische Weinbauort Kleinwinternheim. (jr)



Geselliger Abschluss in Kleinwinternheim. Im Bild u.a. Albrecht Fribolin, Vorsitzender CDU Sindlingen (3.v.l.), und Alfons Gerling MdL (4.v.l.).



## „Grüne Soße“ und „Süßer“ im Kölner Kommunalwahlkampf 2004

Von **Iris Teichmann**

Angeführt von ihrem Vorsitzenden Jochem Heumann unterstützte die CDU Sachsenhausen-Mitte die CDU Köln am 18. September 2004 im Kommunalwahlkampf und warb mit allen kulinarischen Mitteln um die Gunst der Kölner. Am zentralen Infostand wurden 400 Portionen Oberräder „Grüne Soße“ und echter Frankfurter „Süßer“ dargeboten. Ratsmitglied Gisela Manderla, Vorsitzende der Frauen-Union in Köln und stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende, betreute den Hauptinfo-Stand. Sie und alle anderen Kölner CDU-Wahlhelfer freuten sich sehr über die zusätzliche Öffentlichkeit, angelockt durch die Frankfurter Köstlichkeiten.



Gemeinsamer Großstadtwahlkampf: Gisela Manderla (CDU Köln) und Jochem Heumann (CDU Sachsenhausen-Mitte).

## Mindestlohn ist Hinterhalt für Arbeitsmarktreform

„Ein gesetzlicher Mindestlohn wäre ein Angriff auf Hartz IV aus dem Hinterhalt“, erklärte der Stadtverordnete Ralf-Norbert Bartelt zu den SPD-Überlegungen nach der Einführung eines Mindestlohns. Natürlich gelte es grundsätzlich, einen freien Fall der Löhne nach unten zu verhindern und bei aller gebotenen Flexibilisierung des Arbeitsmarktes die Interessen und die Absicherung der Arbeitnehmer im Auge zu behalten. Ein Mindestlohn wäre allerdings hierzu das

falsche Instrument.

Der Kern des Problems sei, dass mit einer Reihe von Leistungen des Staates, darunter auch der Sozialhilfe, eine Art Grundsicherung bereitgestellt werde, die faktisch einen impliziten Mindestlohn darstelle. Dies sei eine entscheidende Ursache der hohen Arbeitslosigkeit im Vergleich zu anderen Ländern. Bei Hartz IV gehe es gerade darum, eben diese Untergrenze anders zu gestalten, so den Bezug für die ar-



Dr. Ralf-Norbert Bartelt  
Stellvertretender  
Kreisvorsitzender der  
Frankfurter CDU

beitsfähigen Sozialhilfeempfänger an andere, auch härtere Voraussetzungen zu binden. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns würde diesen Effekt zunichte machen.

„Ich halte nichts von Maßnahmen, die den Arbeitsmarkt starrer statt flexibler machen“, so Bartelt.

## Familien entlasten statt Kinderlose bestrafen

„Wer Kinder erzieht, erbringt eine wertvolle Leistung für die Zukunft unserer Gesellschaft und für den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme.

Mit Blick auf die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Pflegeversicherung, das eine geänderte Regelung zur Beitragsgestaltung fordert, sollen nach dem Konzept der Union Versicherte, die Kinder unter 18 Jahren erziehen, durch einen Beitragsbonus von 5 Euro pro Kind und Monat entlastet

werden. Dafür werde für alle Mitglieder der Beitragsatz um 0,1 Prozent des beitragspflichtigen Einkommens bis zur Beitragsbemessungsgrenze ohne Beteiligung des Arbeitgebers angehoben. Im Rahmen der Familienversicherung könne schnell und unbürokratisch ermittelt werden, wer Anspruch auf den Bonus hat. Wir entlasten somit Familien während der Erziehungsphase statt Kinderlose zu bestrafen“, betonte Birkenfeld. Dem Auftrag des Bundesver-



Prof. Dr. Daniela  
Birkenfeld  
Kreisvorsitzende der  
Frauen-Union und  
stellvertretende  
Kreisvorsitzende der  
Frankfurter CDU

fassungsgerichts, Versicherte, die Kinder erziehen, bei den Beiträgen zur Pflegeversicherung zu entlasten, werde die Union damit gerecht. Dagegen zeige der Ansatz von Rot-Grün, Kinderlose zu bestrafen, sehr deutlich, dass es nur um die Beherrschung des Defizits gehe, nicht jedoch darum, Eltern zu entlasten.

## Welker: Klonverbot ist oberstes Gebot

„Dass in Großbritannien nun der Startschuss zum therapeutischen Klonen beim Menschen gefallen ist, stellt einen zutiefst bestürzenden ethischen Dammbbruch dar“, erklärte die Stadtverordnete Hella Welker. Die britische Klongenemigung sei ein schwerer Rückschlag für die weltweiten Bemühungen um den konsequenten Schutz des Lebens und der Würde des Menschen. „Wenn sich die Briten anschicken, menschliche embryonale Stammzellen zur medizinischen

Grundlagenforschung zu erstellen, ist hier die entscheidende Grenzüberschreitung zur völligen Verzwecklichung und Instrumentalisierung des Menschen vollzogen“, kritisierte Welker. Der Mensch werde nun zum Material. Dies widerspreche in eindeutiger Weise nicht nur grundlegend dem christlichen Menschenbild, sondern falle auch noch hinter die aufklärerischen und humanistischen Traditionen Europas zurück. Der Weg des therapeutischen Klonens sei als ein Irrweg



Hella Welker  
Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Frankfurt am Main

eines die Menschenwürde antastenden Forschens zu werten und dürfe darum weder im Namen der Forschungsfreiheit vorgenommen noch mit dem Pathos der hehren Krankheitsbekämpfung gerechtfertigt werden. „Die Grenzlinie muss sich am Lebensschutz ausrichten und nicht an visionären Heilserwartungen“, betonte Welker.

## Insolvenzen und Arbeitslosigkeit in Frankfurt

Ulrich Caspar zeigt sich über die weiterhin zunehmende Zahl der Insolvenzen und die aktuellen Arbeitslosenzahlen für die Stadt Frankfurt am Main sehr besorgt und fordert eine konsequentere Wirtschaftspolitik der rot-grünen Bundesregierung.

Nach den aktuellen Zahlen betrug die Zahl der Unternehmensinsolvenzverfahren in Frankfurt im ersten Halbjahr 239 gegenüber 180 aus 2003, was einem Anstieg von 32,78 Prozent gleichkomme. Besonders betroffen

seien wie schon im Vorjahr die Bereiche Handel und Dienstleistungen (+42,31% und +39,79%). Aber auch die Baubranche sei mit einem Anstieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 38,46% stark betroffen. Von einer Beruhigung oder Verbesserung, wie von vielen erwartet, könne also keine Rede sein, so der Landtagsabgeordnete. Zwar sei die im Vergleich zu Hessen etwas beweglichere Entwicklung des Arbeitsmarktes in Frankfurt und Umgebung positiv, aber Insolvenzen ge-



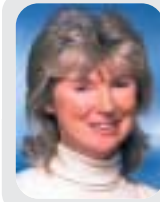
Ulrich Caspar  
Landtagsabgeordneter

nerierten bekanntermaßen keine neuen Arbeitsplätze. Und Ziel sollte es sein, neue Arbeitsplätze zu schaffen und nicht zu verteilen, damit auch die Besorgnis erregend hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen, die fast ein Drittel aller Arbeitslosen ausmachten, abnehme und auch diese Menschen wieder Arbeit fänden, so Ulrich Caspar.

## Zeichen setzen gegen Krieg und Vertreibung

Der Hessische Landtag will die erfolgreiche Integration ostdeutscher Flüchtlinge und Heimatvertriebener nach dem Zweiten Weltkrieg durch einen Schülerwettbewerb würdigen. Dieser soll zugleich die historischen bzw. politischen Lehren aus Krieg und Vertreibung thematisieren. Einem entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion stimmte der Kulturpolitische Ausschuss des Hessischen Landtages zu. „Die Integration der ostdeutschen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen

ist eine Erfolgsgeschichte der Integration und des Neuaufbaus von beiden Seiten – sowohl eine der Vertriebenen als auch derjenigen, die die Menschen aufgenommen haben. Das wollen wir würdigen“, begründete die Frankfurter CDU-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Wiedergutmachung, Gudrun Osterburg ihre Initiative. Zugleich werde damit ein Zeichen für die junge Generation gegen Krieg



Gudrun Osterburg  
Landtagsabgeordnete

und Vertreibung gesetzt. Der bevorstehende 60. Jahrestag zum Kriegsende sei ein guter Zeitpunkt für diesen Wettbewerb.

Der Wettbewerb soll durch die Hessische Landeszentrale für Politische Bildung konzipiert und in den beiden kommenden Jahren an hessischen Schulen durchgeführt werden.

## GEMA-Gebühren bei sozialen Veranstaltungen abschaffen

Alfons Gerling fordert eine Reduzierung der GEMA-Gebühren zugunsten sozial tätiger Vereine. „In zahlreichen Gesprächen mit Frankfurter Vereinen bin ich immer wieder auf Probleme mit den hohen Gebühren der GEMA und dem bürokratischen Aufwand hingewiesen worden“, sagte Gerling. Nach geltendem Recht sind viele gemeinnützige Veranstaltungen gebührenpflichtig, obwohl die Veranstalter, ohne Gewinn anzustreben, allein zur Förderung sozialer Belange tätig sind.

Zwar gebe es auch heute bereits für bestimmte soziale Veranstaltungen eine Gebührenbefreiung, doch sei diese Ausnahmeregelung zu eng begrenzt. Ehrenamtliche Veranstaltungen müssten daher umfassender als bisher von urheberrechtlichen Gebühren befreit werden. „Veranstaltungen der Jugendhilfe, der Sozialhilfe, der Alten- und Wohlfahrtspflege oder auch Schulveranstaltungen müssen gebührenfrei möglich sein“, forderte Gerling. Damit entfielen neben



Alfons Gerling  
Landtagsabgeordneter

der finanziellen Belastung auch der häufig abschreckend wirkende Verwaltungsaufwand. Die aufgezeigten Belastungen für das ehrenamtliche Engagement könnten jedoch nur durch eine Änderung des Urheberrechtsgesetzes und des Wahrnehmungsgesetzes abgestellt werden. Zuständig dafür sei allein der Bund.



## Aus der Fraktion

Frankfurt am Main:

# Dynamisch, lebenswert und zukunftsorientiert

**Oberbürgermeisterin Petra Roth berichtete in der Stadtverordnetenversammlung am 15. Juli über Frankfurts Situation. Sie zeichnete Frankfurt am Main als konkurrenzfähige Metropole. Roths Schwerpunkte waren Sicherheit und Sauberkeit, Städtebau, Wirtschaft und Kultur. Sie betonte die Investitionen in die Infrastruktur sowie den Konsolidierungskurs. Roth trat entschieden für den Ausbau des Flughafens und den Bau der Wartungshalle A 380 ein. Das Bündnis von vier Fraktionen beschrieb Roth als „eher unüblich“; jedoch sehe sie derzeit dazu keine Alternative; es sei gelungen, damit einiges zu erreichen. Und sie werde die Stadt weiter voranbringen, ungeachtet der schwierigen ökonomischen Bedingungen.**

Unumstritten sollte sein, dass auch diese Region aus ihrem Zentrum, Frankfurt, heraus zu entwickeln sei. Daraus ziehe die Region einen beträchtlichen Nutzen. Die Sparpolitik werde fortgesetzt, wobei kein Weg an notwendigen Investitionen in die Infrastruktur vorbeiführe. Grundsätzlich sei für die Konsolidierung des Haushalts mehr Flexibilität in der Personalwirtschaft erforderlich.

Frankfurt sei leistungsfähig. Und glücklicherweise sei Frankfurts Wirtschaft vielschichtig. Aufgrund des internationalen Wettbewerbs mit anderen Großstädten werde Frankfurt nichts geschenkt. Die Arbeitslosigkeit bereite ihr Sorgen. Petra Roth sagte: „Ich kämpfe deshalb um jeden Arbeitsplatz, um jede Investition, um jede Wissenschaftseinrichtung, um jeden großen Künstler.“ Deshalb seien der Frankfurter Flughafen und sein Ausbau für die Zukunft der Stadt und des Landes von gar nicht zu überschätzender Bedeutung. Nur durch ihn könnte Frankfurt weiterhin einen Spitzenplatz bei der Lebensqualität behaupten. Für mehr Sicherheit werde alles getan, was machbar sei. Dafür forderte die Oberbürgermeisterin eine verschärfte Polizeiverordnung. Sie lobte die Stabsstelle Sau-

beres Frankfurt und die Integrationspolitik unter Stadtrat Dr. Magen, sie hob die erfolgreiche Abwehr rechtsextremer Demonstranten durch den Ordnungsdezernenten Stadtrat Edwin Schwarz hervor, verwies auf das politische Stehvermögen bei der Frankfurter Drogenpolitik und damit auf Stadtrat Nikolaus Burggraf sowie auf das erfolgreiche Engagement des Kämmerers Horst Hemzal. „Eine Politik für Frankfurt zu machen heißt, sie gegen Widerstände durchzusetzen. Gegen Missgunst, gegen Besserwisserie, gegen Kleingeistigkeit“, erklärte Roth kämpferisch.

Sie verwies darauf, dass die Frankfurter Buchmesse, die IAA und das NOK in Frankfurt verblieben.



„Frankfurt ist leistungsstark, sozial und weltoffen“, so Petra Roth.

Bei den Bauprojekten ging sie unter anderem auf das neue Zürich-Hochhaus, auf MAB, Skyper, EZB, die Alte Stadtbibliothek, das Haus am Dom und das neue amerikanische Generalkonsulat ein. Diese Stadt solle, nein müsse den Mut zum Ungewöhnlichen haben, so wie beim Parkhaus unter dem Main. Petra Roth: „Frankfurt entwickelt sich zum Besseren: im Zentrum wie in den Stadtteilen.“ Ihr Fazit: „Frankfurt ist leistungsstark, sozial und weltoffen.“ (mw)



Breite Zustimmung zu den Worten der Oberbürgermeisterin. Im Vordergrund Uwe Becker und Klaus Vowinkel.

Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Friedrich von Metzler am 05. September 2004 in der Paulskirche

## Engagement für Finanzplatz, Kultur und Soziales

Friedrich von Metzler steht an der Spitze einer Privatbank, die 1674 gegründet wurde und sich seitdem im Familienbesitz befindet. In der elften

Generation betreibt die Familie schon das Bankhaus und hat darin stets mehr gesehen, als die Möglichkeit, das eigene Vermögen zu mehren.

„Wenn es mir besser geht als anderen, sollte ich etwas zurückgeben“, erklärt Friedrich von Metzler mit klaren Worten, warum er sich für Frankfurt immer wieder einsetzt.

Der Bogen ist weit gespannt: Ehrenamt im Bürgerhospital, Patronatsverein der Städtischen Bühnen, Dr. Senckenbergische Stiftung, Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft und Freies Deutsches Hochstift sind nur beispielhaft genannt. Berühmt wurde seine Idee „1+1=3“, durch die unter seiner Beteiligung Museen mit Millionenbeträgen unterstützt wurden.

„Friedrich von Metzler ist Motivator und Förderer. Der Name Metzler steht in unserer Stadt für Tradition und Partnerschaft“, so die Oberbürgermeisterin Petra Roth in ihrer Ansprache. (mw)



Nach der Verleihung der Ehrenbürgerwürde (v.l.n.r.): Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann, Sylvia von Metzler, Friedrich von Metzler, Oberbürgermeisterin Petra Roth.

Maria Voigt feiert 90. Geburtstag

## Oberbürgermeisterin Roth gratuliert der Jubilarin

Als gelernte Buchhändlerin studierte Maria Voigt in Jena Germanistik und Geschichte. Gemeinsam mit ihrem Mann Dr. Rolf Voigt wagte sie nach dem Krieg in Hamburg den Neustart des Berliner Verlages für Standesamtswesen, bei dem sich beide während der Kriegsjahre kennen gelernt hatten. Doch erst nach dem Umzug nach Frankfurt konnte sich der Verlag wieder etablieren.

Nach dem Tod ihres Mannes engagierte sich Maria Voigt in der CDU, von 1971 bis 1977 als Stadtverordnete. Weiterhin im Verlagswe-

sen tätig, rief sie nach Ende ihrer parlamentarischen Tätigkeit einen Literaturkreis von Frauen ins Le-

ben. Maria Voigt betätigte sich selbst als Autorin („Trauerweide“, erschienen 1992). (mw)



Petra Roth gratuliert Maria Voigt.

## Ferienfraktionstermine 2004 – Die CDU-Fraktion unterwegs

Während der sitzungsfreien Zeit besuchte die CDU-Fraktion im Sommer wieder Frankfurter Organisationen und Einrichtungen, um sich direkt vor Ort zu informieren. So können politische Entscheidungen in den entsprechenden Gremien mit größerer Detailkenntnis getroffen werden. Im August initiierte die CDU-Fraktion eine Begehung des Mainufers und ließ sich darüber hinaus vor Ort über die Baufortschritte am Riedberg sowie im Waldstadion informieren.

### Begehung des Mainufers

Am 4. August 2004 fand bei hochsommerlichen Temperaturen die Begehung des nördlichen Mainufers statt, um sich ein genaueres Bild von den Plänen des Parkhauses unter dem Main machen zu können sowie die Neugestaltung des nördlichen Mainufers zu erkunden. Die anwesenden Fraktionsmitglieder folgten gespannt den Ausführungen von Helmut Joos, Architekturbüro JSK, und Stephan Heldmann, Leiter des Grünflächenamtes.



Helmut Joos (Architekturbüro JSK) in der Diskussion über den Plänen des Parkhauses unter dem Main mit den Stadtverordneten Jochem Heumann, Andreas Rust, Uwe Becker, dem FNP-Redakteur Günter Murr sowie Thomas Rätzke (v.l.n.r.).

Die Neugestaltung des Mainufers zwischen Alter Brücke und Flößerbrücke wurde 1999 von der CDU-Fraktion beantragt. Die befestigte, hochwassersichere Wegführung entlang des Ufers, die großzügige Grüngestaltung mit standortgeeigneten Pflanzen und Schmuckbeeten, das neue Beleuchtungskonzept sowie die Vereinheitlichung der aufgestellten Bänke sind Beispiele, die dazu beitragen, dass das nördliche Mainufer heute wieder als Erholungs- und Flanier-



meile genutzt werden kann. Begeistert nahmen die Fraktionsmitglieder auch die Grünflächengestaltung im Bereich des „Nizza“ auf.

Das viel diskutierte Mainparkhaus mit dem dringend benötigten Erweiterungsbau für das Museum der Weltkulturen soll nach Meinung der CDU-Fraktion an zentraler Stelle der Frankfurter Innenstadt zwischen dem Eisernen Steg und der Untermainbrücke realisiert werden.

Der Parkhausentwurf sieht auf zwei Ebenen rund 1.000 PKW-Einstellplätze vor. Diese wären vor allem auch für die Besucher des Museumsufers interessant und würden



Helmut Joos (1.v.r.) und Stephan Heldmann (6.v.l.) standen den Fraktionsmitgliedern Rede und Antwort.



Das Innere des Parkhauses mit der Ausstellungsfläche für das Museum der Weltkulturen.

so den derzeitigen Druck aus den Wohngebieten im südlichen Mainufer nehmen.

Das Museum der Weltkulturen kann mangels Platz zurzeit nur ca. 10 Prozent seiner mit insgesamt 67.000 Exponaten auch bundesweit äußerst eindrucksvollen Sammlung zeigen. Durch 2-geschossig hohe Fensterelemente würden aus dem Parkhaus interessante Einblicke in die geplante, rund 4.100 qm große Ausstellungsfläche ermöglicht.

„Durch die Lage der Tiefgarage sowie die geplante verkehrliche Erschließung des Projektes wird die attraktive historische und bauliche südliche Mainseite nahezu unverändert gelassen. Auf der Nordseite

des Mains würde durch die geplante Untertunnelung der heutigen Uferstraße sowohl die historische Altstadt als auch die moderne City endlich an den Main heranrücken“, kommentierte der Fraktionsvorsitzende Uwe Becker. Somit wäre der gesamte Uferbereich zwischen Eisernem Steg und der Untermainbrücke als ungestörte, autofreie Wegebeziehung nutzbar. Es entstünde der schönste Uferplatz Deutschlands. Der Schifffahrtsverkehr müsste während der Bauzeit nicht unterbrochen werden.

Sollte sich das Interesse von Investoren als nachhaltig herausstellen, würde diese private Finanzierung des Parkhauses auch den



Die Lage der Tiefgarage.

städtischen Haushalt nicht belasten. „Entlastung der Parkplatzsituation, Gewinn für unsere Museumsinfrastruktur und -besucher, Befreiung der Anwohner von Verkehrslärm und das Ganze eventuell ohne städtischen Zuschuss wäre ein herausragendes Beispiel für gute Planungspolitik, die europaweit für Aufsehen sorgen wird“, fasste Jochem Heumann, Sprecher der CDU-Fraktion im Ausschuss Planen und Bauen, abschließend zusammen.

## Riedberg

Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Riedberg ist mit einer Fläche von rund 260 ha eines der größten Neubaugebiete Deutschlands.

Am 18. August 2004 konnte sich die Ferienfraktionsgruppe noch einmal von der einmaligen Lage des Riedbergs zwischen Niederursel, Hedderheim und Kalbach überzeugen: Mitten im Grünen und mit Blick auf den Taunus als auch auf die Frankfurter Skyline.



Das städtebauliche Gesamtkonzept für Riedberg stellt eine ausgewogene Mischung aus Wohnungen, Arbeitsstätten, Parks, Läden, Restaurants, öffentlichen Einrichtungen und Instituten der Johann Wolfgang Goethe-Universität dar. Parallel zum Bau der Wohnungen wird eine vielfältige Infrastruktur mit Kindertagesstätten, Schulen, großen Parks, Läden, Gastronomie und Büros entwickelt.

Noch rumpeln schwere Laster über die zum Teil noch nicht asphaltierten Wege, Bagger schaufeln weiter Erdlöcher. Auf einer der größten Wohnbaustellen Europas wird noch



Peter Mensinger, Uwe Becker, Karl-Heinz Bührmann, Bernhard Mertens und Jochem Heumann (v.l.n.r.) beim Blick über den neuen Stadtteil Riedberg.

an vielen Stellen gebaut. „In etwa 10 Jahren sollen 15.000 Menschen in den Quartieren „Bonifatiusbrunnen“, „Schöne Aussicht“, „Ginsterhöhe“, „Mitte“, „Altkönigblick“ und „Niederurseler Hang“ wohnen. Mehr als 1.200 Menschen sind es bisher schon, die meisten von ihnen im französischen Viertel im Quar-

tier „Bonifatiusbrunnen“, erläuterte Werner Hackermeier, Projektleiter Riedberg der FEH, der Fraktion.

Der Autobahnanschluss zwischen der A 661 und der Marie-Curie-Straße wurde im Juli 2004 für den Verkehr freigegeben. Damit ist der neue Stadtteil direkt an das



Der Stadtteil Riedberg wächst in sieben Quartieren.

Autobahnnetz angebunden. Bereits seit Juni fährt der Riedberg-Bus, die Buslinie 26, eine Schleife durch das Neubau- und Universitätsgebiet.

In der Kindertagesstätte „Welt-raum“ ist seit Ende 2002 Leben: 120 Kinder zwischen einem und zwölf Jahren können sich dort zum Krabbeln, Spielen und Toben treffen. Weitere Kindertagesstätten sollen in den nächsten Jahren hinzukommen. Eine Besonderheit ist der Kinderplanet, Frankfurts erster Hallenspielfeld. Die 1.500 qm große Spielfläche in der ehemaligen Reitsporthalle an der Kreuzerhohl wird hervorragend angenommen. An Winterwochenenden kommen über 1.000 Kinder in die Halle.



Richtfest feierte vor einigen Monaten die Wilhelm-Busch-Schule. Ab Herbst dieses Jahres werden die ersten Kinder in der neuen Grundschule Lesen und Schreiben lernen.

Auch ein Universitätsviertel entsteht. Bisher sind neben dem Max-Planck-Institut für Biophysik, das Anfang des Jahres bezogen wurde, den chemischen und pharmazeutischen Instituten auch Teile des biologischen Fachbereichs am Riedberg vertreten. Ende des Jahres wird der Fachbereich Kernphysik seinen Standort auf den Campus Riedberg verlegen.

Offiziell eingeweiht wurde im Juli das Frankfurter Innovationszentrum für Biotechnologie (FIZ). Ziel des FIZ ist es, die Erkenntnisse aus der Biotechnologie in die Märkte hineinzubringen, sowie wissenschaftliche Erkenntnisse in Produkte umzuformen. Viele neue Arbeitsplätze werden durch das FIZ geschaffen.

Der Fraktion fiel bei der Begehung schnell positiv auf: Der zügig wachsende Frankfurter Stadtteil bekommt deutliche Konturen.

## Waldstadion

Auch in diesem Jahr, am 25. August 2004, besuchte die CDU-Fraktion das Waldstadion, um sich über den Fortschritt vor Ort und die weltweit einmalige Dachkonstruktion zu informieren.

Die Arbeiten an der Baustelle standen von Anfang an unter enormem Zeitdruck: Am 15. August fand im Waldstadion bereits der Heimspielauftritt der Frankfurter Eintracht statt.

Wieder einmal beeindruckte die weltweit einmalige Dachkonstruktion alle Anwesenden. 88 Stahlseile wurden mit hydraulischen Pressen in die Höhe gezogen. Ende Juli hatte das 600 Tonnen schwere Dach seine endgültige Position erreicht.



Max-Bögel-Bauleiter Istvan Tyukodi veranschaulichte den Fraktionsmitgliedern den Vorgang in einer Trockenübung.

Im Zentrum, wo die Stahl-Speichen zusammenlaufen, wird ein Video-Würfel mit einem Gewicht von 30 Tonnen die Anzeigentafel ersetzen.

Im Herbst soll mit dem Bespannen der Stoffbahnen für das Dach begonnen werden. Die 9.000 qm PVC-Stoff werden dann in die Seilkonstruktion eingehängt. Das „Cabrio-Dach“ kann in 20 Minuten geschlossen werden, sodass die Zuschauer bei Konzerten beispielsweise vor Regen geschützt sind.

Im neuen Waldstadion finden fünf Spiele der Fußball-Weltmeis-



Die CDU-Fraktion bei der Besichtigung des Cabrio-Dachs im Waldstadion.

terschaft 2006 statt. Seine erste internationale Bewährungsprobe hat es beim Confederation-Cup im Mai 2005.

Da weder die Stadt selbst noch irgendeiner ihrer Eigenbetriebe die notwendige Kompetenz hat, ein Sportstadion im modernen Sportrechte- und Werbemarkt zu betreiben und zu vermarkten, hatte die CDU von Anfang an dafür plädiert,

einem privaten Dritten mit entsprechender Erfahrung und Vernetzung im Markt, Betrieb und Vermarktung des Waldstadions zu übertragen. Der Sportausschuss hat am 08. Juli mit der Mehrheit von CDU und SPD den Betreibervertrag an die Neu-Isenburger HSG Technischer Service GmbH und die Hamburger Sportfive GmbH vergeben. (mw)



48.500 Sitzplätze, 16.000 mehr als bisher, bietet das neue Stadion – inklusive Stehplätze sogar 53.000.

# Radfahren in der City

## Der Arbeitskreis Verkehr informiert sich in Münster

Von Helmut Heuser,  
Verkehrspolitischer Sprecher der  
CDU-Fraktion Frankfurt am Main

Gerne vergleichen wir uns in Frankfurt mit anderen großen Metropolen wie New York, Paris und London. Warum nicht auch einmal mit Münster in Westfalen? Münster ist die Fahrradmetropole Deutschlands und mehrfach – auch vom ADAC – für seine Fahrradpolitik ausgezeichnet worden.

Natürlich, verglichen mit Frankfurt hat die Stadt des Westfälischen Friedens etwas weniger als die Hälfte der Einwohner und die Zahl der täglichen Aus- und Einpendler geht weit auseinander. Allerdings ist Münster gemessen an der Fläche die sechstgrößte Stadt Deutschlands und damit bedeutend größer als Frankfurt.

Die fahrradpolitische Führungsrolle dieser Großstadt und die bis auf ein kurzes rot-grünes Intermezzo traditionelle absolute Mehrheit der CDU in Münster: Grund genug für eine Studienfahrt des Arbeitskreises Verkehr der CDU-Fraktion, um Ideen zum Radfahren in der City zu sammeln.

In Münster werden ca. 35% aller Wege mit den Fahrrad zurückgelegt, in Frankfurt sind es gerade einmal 6%. Den Unterschied sieht man sofort, wenn man am Münsteraner



Der Arbeitskreis Verkehr der CDU Fraktion im Gespräch vor dem Fahrradparkhaus.

Hauptbahnhof aussteigt und auf dem Bahnhofsvorplatz über Mengen dort abgestellter Fahrräder steigen muss. Um geordnete Verhältnisse zu schaffen und eine sicheres Abstellen zu ermöglichen – Fahrraddiebstähle sind in Münster ein großes Problem – wurde ein riesiges Fahrradparkhaus mit 3.500 Plätzen mit angeschlossener Werkstatt gebaut. Eine automatische Fahrrad-Waschanlage sorgt für eine saubere Fahrt. Die Fahrradstation wird privat betrieben, erwirtschaftet Gewinne und gehört zu den wenigen Gewerbesteuerzahlern der Stadt. Unechte Einbahnstraßen, Fahrradstraßen, Fahrrad-schleusen an Kreuzungen, Radwege, Fahrradampeln, viele kleinere Abstellanlagen und eine Fahrradwegweisung bilden den Kern der Radinfrastruktur.

Aber auch das Autofahren ist populär in Münster: Immerhin besitzen von 1.000 Münsteranern aller Altersklassen statistisch 520 ein Auto, in Frankfurt sind es 632.

Bei Betrachtung der Münsteraner Verkehrsverhältnisse und insbesondere des Radverkehrs und dessen Anlagen lässt sich folgendes Resümee ziehen.

### Eine fahrradfreundliche Stadt muss nicht zwangsläufig eine autofeindliche sein oder umgekehrt

Münster ist nämlich auch ein gutes Beispiel für ein ausgeprägt vernünftiges und rücksichtsvolles Miteinander aller Verkehrsteilnehmer,

besonders auch der Fahrradfahrer untereinander und mit den motorisierten Verkehrsteilnehmern. Die dortige CDU Fraktion führt dies neben der

großen Fahrradtradition auch auf die Tatsache zurück, dass viele Autofahrer eben auch Fahrradfahrer sind und dieses Miteinander auch gut eingeübt ist. Rücksicht und Verkehrsmittelwahl finden eben auch im Kopf statt. Auch die Verkehrsplanung lässt allen Verkehrsarten ihren Raum und findet überzeugende Kompromisse in schwierigen Situationen.

*„Der Verkehr in Frankfurt verträgt einen Popularitätsschub für das Radfahren.“*



Die Stadt geht gegen Fahrradständer vor, da wird auch schon einmal ein Fahrrad abgeschleppt, wenn es verbotener Weise abgestellt wurde und Fußgänger oder Anlieferverkehr behindert.

### Fahrradfahren in Münster macht Spaß

Informationen im Vortragsraum sind das eine, ausprobieren ist das andere. Auf Leihfahrrädern und mit Begleitung des Verkehrsplaners Stefan Böhme und Mitgliedern der Münsteraner CDU-Fraktion haben die Frankfurter sich dem Verkehr gestellt. Aufgefallen ist die Disziplin, mit der die Fahrradfahrer die Verkehrsvorschriften beachten, besonders auch rote Ampeln und vorgeschriebene Haltepunkte. Belohnt werden sie dafür mit intelligenten Verkehrsführungen, die Radfahrer auch beim Linksabbiegen große Kreuzungen, zum Teil mit zeitlichem Vorlauf vor dem Autoverkehr, sicher überwinden lassen. Die Mitbenutzung von Busstreifen, Fahrradstraßen, in denen der Autofahrer nur geduldet ist und besondere Rücksicht walten lassen muss, oder Induktionsschleifen für Fahrradfahrer vor Ampeln, mit denen ein schnelles Grünsignal „bestellt“ wird, gehören zum Verkehrsalltag.

Natürlich gibt es für die Verkehrsplaner auch Konfliktfälle, etwa

dann, wenn der vorhandene Straßenraum nicht ausreicht, alle Verkehrsarten ausreichend zu berücksichtigen. Solche Fragen werden aber pragmatisch und sachgerecht gelöst. Ideologische Ansätze mit „Alles- oder Nichts-Forderungen“ fehlen erfreulicherweise. Dabei können Radfahrer durchaus auch mal „zweiter Sieger“ bleiben.

Bei aller Begeisterung, die natürlich die Frankfurter Delegationsteilnehmer erfassen musste: Es war und ist völlig klar, dass man die Münsteraner Verhältnisse nicht 1:1 auf Frankfurt übertragen kann. Was ich meiner Fraktion allerdings vorschlagen werde, ist ein verstärktes pragmatisches Herangehen an Lösungen zur deutlichen Anhebung des Fahrradverkehrsanteils in Frankfurt am Main. Der Verkehr in Frankfurt verträgt einen Popularitätsschub für das Radfahren.

Anhand der Erfahrungen aus Münster wird es nicht schwer fallen, überzeugend darzulegen, dass ein höherer Fahrradanteil auch dazu führen kann, die für unsere Bürger notwendigen Autofahrten durch die Stadt stau- und stressfreier zu machen und den Wirtschaftsverkehr zu erleichtern. Wir können damit Verkehrsinfarkte vermeiden und vielleicht auch den einen oder anderen Herzinfarkt.



Der Arbeitskreis Verkehr fahrrad-politisch in Münster unterwegs.



### Stadtrat Mensinger meldete sich zum Praktikum bei der Feuerwehr

Stadtrat Peter Mensinger hat einen freiwilligen Dienst bei der Feuerwehr abgeleistet, um sich fit zu machen für seine Arbeit als ständiger Vertreter von Brandschutzdezernent Nikolaus Burggraf. Peter Mensinger hat in den vergangenen Monaten drei Tagesdienste sowie einen 24-Stundendienst abgeleistet. Er hat alle sieben Wachen, die Löschbootstation und die Außenstelle besichtigt sowie mit vielen der rund 700 Einsatzbeamten gesprochen.

Als Geschäftsführer eines eigenen Handwerksbetriebs zeigte er sich beeindruckt von der Logistik, bei der nicht nur die Einsätze koordiniert werden, sondern auch die ganze Ausrüstung wie Rauchschutzmasken in den Werkstätten aufbereitet werden müssen. „Die Mitarbeiter rutschen nachts noch im Halbschlaf die Stange runter, werfen sich in die Ausrüstung und klettern auf den Wagen. Sobald die Sirene losgeht, herrscht volle Konzentration!“, so Mensinger begeistert. (mw)

# UnderStAnding

## Deutsch-amerikanisches Freundschaftsprogramm

Ganz im Zeichen ihrer Aktivitäten zur Förderung der deutsch-amerikanischen Freundschaft hat die CDU-Fraktion unter dem Titel „UnderStAnding“ ein Programm für Frankfurts Schulen auf den Weg gebracht, das die gewachsenen freundschaftlichen Bande zwischen der Stadt Frankfurt am Main und den USA stärker noch im Bewusstsein gerade auch der jüngeren Frankfurterinnen und Frankfurter verankern soll. Die Stadtverordnetenversammlung hat der CDU-Initiative in der Sitzung am 16. September zugestimmt. Gemeinsam mit dem Generalkonsulat der Vereinigten Staaten bzw. dem Amerika-Haus wird der Magistrat nun ein Freundschaftsprogramm entwickeln, welches das gegenseitige Verständnis für die kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten fördern soll. Vorstellbar sind dabei gemeinsame Veranstaltungen im Amerika-Haus, Vorträge, Diskussionen sowie in erhöhtem Maße auch Besuche von Vertretern des Amerika-Hauses bzw. des Generalkonsulates der Vereinigten Staaten in den Frankfurter Schulen, um dort direkt mit den Schülerinnen und Schülern zu diskutieren.

In diesem Jahr findet in Frankfurt zum zweiten Mal der Deutsch-Amerikanische Freundschaftstag statt, der ebenfalls auf eine Initiative der CDU-

Fraktion zurückgeht. „Dabei werden im offiziellen Rahmen die besonderen Beziehungen zwischen Frankfurt am Main und den Vereinigten Staaten von Amerika gefeiert, die einst mit dem Hauptquartier der US-Militärverwaltung nach dem II. Weltkrieg und später mit dem Standort des V. US-Corps geknüpft wurden und mit dem Ausbau des US-Generalkonsulates zur größten zivilen, diplomatischen Einrichtung außerhalb der USA einen neuen Höhepunkt erfahren werden. Mit unserem Programm „UnderStAnding“ festigen wir nun gerade in der jüngeren Generation Frankfurts das Fundament dieser Freundschaft“, erklärte Uwe Becker.

### Praktikantin Erin Mai

Doch nicht nur mit ihrem Programm, sondern auch durch freundschaftliche Kontakte und die Teilnahme am offiziellen Studentenaustausch des Generalkonsulates und der Steuben-Schurz-Gesellschaft füllt die CDU-Fraktion diesen Freundschaftsgedanken mit Leben. Nachdem im vergangenen Jahr mit Herrn Kelly Cross zum ersten Mal ein Teilnehmer des Austauschprogramms die Fraktionsgeschäftsstelle unterstützt hatte, war in diesem Sommer nun Frau Erin Mai von der Universität von Notre Dame in Indiana für 2 Monate in



Uwe Becker verabschiedet Erin Mai.

der Fraktionsgeschäftsstelle eingesetzt. Dort hat sie maßgeblich am Ausbau des englischsprachigen Internet-Auftritts der CDU-Fraktion mitgewirkt.

### Fraktionsvorstand besucht Air Base

Der Fraktionsvorstand hat darüber hinaus als abschließenden Ferientermin im August der Rhein-Main Air Base am Frankfurter Flughafen und den dort tätigen US-Amerikanern einen Freundschaftsbesuch abgestattet. Im Dezember 1999 wurde ein Vertrag zur Schließung der Air Base in Frankfurt und der Rückgabe des Geländes am Flughafen zum 31. Dezember 2005 geschlossen. Die Streitkräfte werden dann nach Ramstein und Spangdalem umziehen.

„Die Leistung der amerikanischen Streitkräfte wird gerade in Frankfurt unvergesslich bleiben“, bekräftigte der Fraktionsvorsitzende der CDU Frankfurt. Die Frankfurter Air Base war der bedeutendste westliche Start- und Landeplatz für die Luftbrücke nach Berlin zwischen Juni 1948 und Mai 1949, als die Sowjetunion die Westsektoren Berlins von den Versorgungswegen zu Lande und zu Wasser abgeschnitten hatte. „Die Luftbrücke war seiner Zeit ein militärisch logistisches Glanzstück und eine einzigartige humanitäre Leistung“, so Becker abschließend. (mw)



Foto: Rhein-Main AB

Paul A. Molnar, Thomas Feda, Michaela Wanka, Helmut Heuser, Margrit Weißbach, Peter Wagner, Colonel Brad Denison (Commander 469th Air Base Group), Jochem Heumann, Uwe Becker, Martin Gerhardt, Stephan Siegler, Hildegard Burkert, Lt. Uriah Orland (v.l.n.r.).

## CDU-Ortsbeiratsfraktion zeigt im Nordend Flagge

Von Christian Falk,  
Fraktionsvorsitzender der  
CDU im Ortsbeirat 3

Das Nordend ist eines der am dicht besiedeltsten Wohnviertel Deutschlands und zugleich das beliebteste Gründerzeitquartier Frankfurts. Anlass genug für die CDU-Fraktion im Ortsbeirat Nordend, bei einem Stadtteilspaziergang Neuentwicklungen zu zeigen und drängende Aufgaben anzusprechen.

Gerade bei der Gestaltung des öffentlichen Raums ist dem Nordend ein großer Schritt nach vorne gelungen: Das neue Erscheinungsbild der beiden Friedberger Plätze und des Martin-Luther-Platzes signalisiert gut gelungene Wohnumfeldverbesserungen. Parkwächter im Günthersburgpark sorgen für Sauberkeit und Wohlbefinden. Auf dem Gelände der ehemaligen Feuerwache an der Burgstraße entsteht neuer Wohnraum, attraktiv im Herzen des Stadtteils, eingepasst in die umliegende



Im Gespräch beim Stadtteilspaziergang (v.l.n.r.) Christian Falk und Michael Fella, stv. Geschäftsführer der CDU-Fraktion.

Bebauung, mit Stellplätzen und selbstverständlich mit Kindertagesstätte.

Apropos Stellplätze: Wie überall in der Innenstadt sind Parkplätze für Anwohner rar. Dabei sind Parkplätze ein wichtiger Bestandteil von Wohnqualität. Wer will abends nach dem Büro schon seine knappe Freizeit mit Parkplatzsuche verschwenden? Es ist gut, dass mittlerweile das Bewohnerparken auch im Nordend wieder eingeführt werden konnte, aber das

reicht noch nicht. Deshalb tritt die CDU-Fraktion im Nordend ganz entschieden für Quartiersgaragen an geeigneten Stellen ein, so bspw. am Kleinen Friedberger Platz oder am Maingau-Krankenhaus.

Wesentliche Neugestaltungen wurden in der laufenden Legislaturperiode von der jungen CDU-Fraktion angestoßen. Dies wollen wir für und mit den Bewohnern tun, deshalb zeigen wir Flagge im Stadtteil, auch mit Stadtteilspaziergängen.

## Originelle Spendeninitiative für UNICEF im Rahmen der Römerfassadensanierung

Initiiert und realisiert wurde die Idee von den Inhabern der Malerwerkstätten Mensinger, Carsten und Guido Mensinger. Geschäftsführer und Stadtrat Peter Mensinger: „Wir haben überlegt, wie man im Rahmen des Partnerschaftsjahres der Stadt Frankfurt am Main mit UNICEF et-

was Gutes tun kann. Wir dachten, viele Frankfurter, aber auch Besucher unserer spannenden Stadt, möchten sich vielleicht gern ein Stück Frankfurt mit nach Hause nehmen.“ 2.500 Gläschen mit Steinchen aus der jetzigen Fassadensanierung umfasst die limitierte Auflage. Von den 4 € je



Engagiert beim Verkauf der Römerstein-Gläschen (v.r.n.l.) Petra Roth, Peter Mensinger, Uwe Becker.



Original Frankfurter-Römerstein-Gläschen.

Gläschen gehen 2,60 € an das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen.

Die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth verkaufte die ersten Fläschchen mit dem historischen Inhalt persönlich als Schirmherrin der Partnerschaft „2004 Frankfurt für UNICEF“.

(mw)

## Kinderbetreuung für unter Dreijährige nach wie vor auf Agenda der CDU

**CDU-Fraktion kritisiert Lücke im Gesetz zum Ausbau der Kinderbetreuung.**

Ziel muss ein bedarfsgerechtes, flächendeckendes Kinderbetreuungsangebot sein, das nicht nur die bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit erlaubt, sondern auch die frühe Bildung der Kinder fördert. „Hinter diesem Ziel bleibt der Gesetzentwurf der Bundesregierung sowohl qualitativ als auch quantitativ meilenweit zurück“, kritisierte die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Hilde Krauß den Beschluss der Bundesregierung.

Bundesfamilienministerin Renate Schmidt will das Angebot von Betreuungsplätzen für die unter Dreijährigen in den alten Bundesländern verfünffachen, d. h. von heute knapp 3 auf 15 Prozent. „Damit bleibt sie hinter ihrem eigenen Anspruch, bis

zum Jahr 2010 das Angebot auf 20 Prozent aufzustocken, deutlich zurück.“

„Wir brauchen endlich eine Reform der Gemeindefinanzen, die Kommunen in die Lage versetzt, die Betreuung für Kinder qualitativ und quantitativ zu verbessern“, sagte Krauß. Insbesondere Frankfurt



Hilde Krauß  
Sozialpolitische  
Sprecherin der  
CDU-Fraktion

habt bereits erhebliche Anstrengungen unternommen. Krauß erinnert damit an den Antrag der CDU-Fraktion NR 596 vom 17. April 2002. Im Jahr 2003 seien mit Unterstützung der CDU 196 neue Plätze geschaffen worden.



## Hotel am Waldstadion ist einmalige Chance für Frankfurt

Der Sportpark Waldstadion mit dem Fußballstadion, der Tennisanlage, Stadionbad und den weiteren sportlichen Einrichtungen wird von der Bevölkerung Frankfurts und der Region seit Jahrzehnten als Sport-, Freizeit- und Erholungsbereich angenommen.

Gleichzeitig steht das Waldstadion als Veranstaltungsort in überregionaler sowie internationaler Konkurrenz mit anderen deutschen Städten und europäischen Metro-

polen. Gerade deswegen ist es unbedingt erforderlich, dass der Veranstaltungsort zeitgerecht und qualitativ weiterentwickelt wird.

Das als filigranes, schwebendes, mit sehr viel Glas geplante Hotel vor der Haupttribüne des Waldstadions soll zur Fußball-WM im Juli 2006 fertig gestellt sein.

„Es geht bei diesem Projekt nicht einfach nur darum, in Frankfurt weitere 250 Hotelzimmer anzubieten. Vielmehr muss man die quali-



Uwe Becker  
Vorsitzender der  
CDU-Fraktion im  
Frankfurter Römer

tative Komponente für Frankfurt erkennen“, hob der Fraktionsvorsitzende Uwe Becker hervor. „Diese Synthese aus moderner Sportstätte und hervorragender Infrastruktur, wie die Anbindung an Straße, Schiene und Flughafen am Waldstadion, ist europaweit einmalig“, so Becker abschließend.

## Beim Verkauf von städtischen Wohnungen schwenkt die SPD endlich auf CDU-Kurs

Erfreut und überrascht zugleich reagierte der wohnungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Robert Lange, auf den gestrigen Vorstoß der SPD zum Verkauf städtischer Wohnungen der ABG Holding an Mieter. „Die CDU-Fraktion will seit langem interessierten Mietern von städtischen Wohnungen ermöglichen, diese auch zu kaufen. Die

SPD hat das bisher immer blockiert, zuletzt noch bei den jüngsten Haushaltsberatungen“, so Lange.

Der Erwerb von Wohnungseigentum bringe allen Seiten Vorteile, betonte Lange. Die neuen Eigentümer hätten materielle Sicherheiten, die sich auch bei der Altersversorgung auswirkten. Die Siedlungen gewannen an Stabilität und Lebens-



Robert Lange  
Wohnungspolitischer  
Sprecher der  
CDU-Fraktion

qualität, da Eigentümer für gewöhnlich an ihrem Wohnumfeld interessiert seien und sich dort engagierten. Die Wohnungsbaugesellschaften erzielten durch Verkäufe Gelder, die für die Sanierung des Bestandes und zur Schaffung neuen Wohnraums genutzt werden könnten.

## A-380-Werft ist wichtig für Frankfurt und die Region

**CDU-Fraktion begrüßt das Bekenntnis der Lufthansa für Frankfurt als Standort der A-380-Werft.**

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion, Markus Frank, bekräftigte nochmals die große Bedeutung der A-380-Halle für die Zukunft des Frankfurter Flughafens. Könne das

größte und modernste Flugzeug der Welt künftig nicht in Frankfurt gewartet werden, habe das den Abzug eines beträchtlichen Teils des heute in Frankfurt abgefertigten Luftverkehrs zu Folge. Damit gerate die Drehkreuzfunktion des Flughafens insgesamt in Gefahr und der Job-Motor ins Stottern.



Markus Frank  
Umweltpolitischer  
Sprecher der  
CDU-Fraktion

Die CDU-Fraktion Frankfurt am Main, so Frank, stehe ganz klar hinter dem Bau der A-380-Werft. Das Vorhaben sei für die Wettbewerbssituation des Frankfurter Flughafens zu wichtig, als dass man mit diesem Thema spielen könne. „Es geht hier letztlich um Tausende von Arbeitsplätzen und um die Entwicklung der Region weiterhin auf hohem Niveau. Demgegenüber stehe rapider Bedeutungsverlust und unwiederbringlicher Abstieg, denn eins ist klar: Wenn man einmal aus einem Flugzeug abgesprungen ist, kann man nicht wieder reinklettern“, so Frank.



Foto: Fraiport AG

Wir stellen Ihnen eine Auswahl vor aus den Anträgen und Anfragen der CDU-Fraktion im Römer sowie von Ihren Fragen in der Fragestunde der Plenarsitzung. Sie finden den jeweiligen Gesamttext und den weiteren parlamentarischer Initiativen unter <http://www.cdu-fraktion-ffm.de>.

## Wirksamer Baumschutz

Die CDU-Fraktion beauftragt den Magistrat, der Stadtverordnetenversammlung unverzüglich eine Baumschutzsatzung vorzulegen, die in ihrem räumlichen Geltungsbereich den Erfordernissen des § 26 Hessisches Naturschutzgesetz (HnatG) entspricht. Die aktuelle von Umweltdezernentin Jutta Ebeling verantwortete Baumschutzregelung verstößt, wie jüngst verwaltungsgerichtlich festgestellt wurde, gegen das HnatG. Es wurde auch versäumt, den Bestand an schützenswerten Bäumen zu erheben. Das Verwaltungsgericht hat daraufhin die Frankfurter Satzung für unwirksam erklärt. Um erhaltenswerte Bäume auch wirklich schützen zu können und um einen für Frankfur-



ter Bürger verlässlichen Zustand zu erreichen, muss die Baumschutzsatzung jetzt unverzüglich auf sichere Beine gestellt werden.

## Einzelhandel in Gewerbegebieten

Es ist zu beobachten, dass insbesondere Lebensmitteldiscounter versuchen, großflächigen Einzelhandel in ausgewiesenen Gewerbegebieten in Frankfurt anzusiedeln. Viele Bebauungspläne sehen hier keine Einschränkung vor. So sehr die Schaffung weiterer Einkaufsmöglichkeiten dem marktwirtschaftlichen Prinzip der Konkurrenz entspricht, so sehr kann die Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel außerhalb bebauter Wohngebiete zu einer erheblichen Beeinträchtigung der angestammten Einkaufsbereiche innerhalb der verschiedenen Frankfurter Stadtteile führen. Die CDU-Fraktion fragt deshalb den Magistrat, welche Möglichkeiten er sieht, die Ansiedlung von Einzelhandel in ausgewiesenen Gewerbegebieten ab einer Größe von ca. 800 qm von einer Genehmigung abhängig zu machen.



## Stände auf der Zeil

Von allen Seiten wird die mangelnde Attraktivität der Zeil beklagt. Eine Ursache ist der Wildwuchs von Ständen, die einer Vielzahl von Angelegenheiten und Missionen dienen. Vom Brezel-, Blumen-, Obst- und Gemüse-, über den Socken- oder Topfsetverkaufsstand bis zur Religionsstiftung ist nahezu alles vertreten.

Der Stadtverordnete Jochem Heumann fragte deshalb den Magistrat, in wie vielen Fällen, nach welchen Kriterien und mit welchen Laufzeiten der Magistrat bisher im Jahr 2004 Sondernutzungsrechte für Stände erteilt hat.

## Westliche Riederwaldsiedlung

Die Erhaltungssatzung für die westliche Riederwaldsiedlung soll nicht nur die städtebauliche Eigenart des Gebietes, sondern auch die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung schützen. In der westlichen Riederwaldsiedlung sind von 455 Wohnungen nur 10 %, nämlich 45, für drei bis vier Personen von der Größe her geeignet.

Durch Wohnungszusammenlegungen sollte erreicht werden, dass mehr familiengerechte Wohnungen für Familien mit Kindern vorhanden sind, um zu vermeiden, dass diese Familien aus dem Riederwald wegziehen müssen. In einem Ergänzungsantrag fordert die CDU-Fraktion deshalb, „die Änderung baulicher Anlagen insbesondere dann zu genehmigen, wenn dadurch Wohnraum für Familien mit Kindern geschaffen wird.“



## Attraktiver Preis für 9-Uhr-Ticket

Durch entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion wird der Magistrat gebeten, in den Gremien des RMV dahingehend zu verhandeln, dass das künftige 9-Uhr-Monatsticket in der Stadt Frankfurt am Main zu einem Preis von unter 50 € angeboten wird.

# Das Frankfurt Magazin fragt – Karlheinz Bührmann antwortet



Foto: Wanka

Karlheinz Bührmann ist seit dem 26. April 2001 Stadtverordnetenvorsteher. Seit 1977 ist er Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, war u.a. CDU-Fraktionsvorsitzender. Er trat 1970 in die CDU ein, führt die Nieder CDU seit 1973, war stellvertretender Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Frankfurt am Main. Beruflich war Karlheinz Bührmann bei der Deutschen Bahn AG im Bereich Finanzen und Controlling tätig. Er ist verheiratet, Vater von 4 Kindern und Großvater von 4 Enkelkindern.

## 1. Wenn nicht hier, wo würden Sie gerne leben?

Ich lebe gerne in Frankfurt und möchte dauerhaft auch nicht in einer anderen Stadt leben. Einige Wochen im Jahr am Bodensee, an bayrischen Seen oder an anderer Stelle reichen mir aus. Ich komme gerne wieder zurück.

## 2. Was ist Ihre liebste Freizeitbeschäftigung?

Wandern, Radfahren und Lesen. Ich lese gerne einen guten Kriminalroman oder Biographien, zuletzt die neue Karls-Biographie von Dieter Hägemann.

## 3. Welches Talent hätten Sie gerne?

Ein richtig guter Schriftsteller zu sein.

## 4. Ihr Hauptcharakterzug?

Man sagt, ich sei zuverlässig.

## 5. Wer oder was hätten Sie sein mögen und warum?

Siehe Punkt 3 – Meine Tätigkeit als Kommunalpolitiker und

die vielfältigen Kontakte empfinde ich als große Bereicherung.

## 6. Ihr/e Lieblingsheld/in in der Geschichte, Gegenwart oder Dichtung?

Meine unbekannteren und ungenannten Helden sind die, die sich in schwersten Zeiten für ihre Mitmenschen eingesetzt haben.

## 7. Was würden Sie gerne einmal machen, wozu Sie jedoch noch keine Gelegenheit hatten?

Ich will bald einmal mit den Schweizer Hochgebirgsbahnen fahren, mit dem Glacier Express und anderen.

## 8. Traditionen, die Sie nicht missen möchten?

Weihnachten im Kreis der Familie, Ostern am Bodensee

## 9. Was bringen Sie „spontan“ mit der CDU in Verbindung?

Die führende Rolle beim Wiederaufbau nach dem

Zweiten Weltkrieg und die verlässliche Eingliederung unseres Landes in die westliche Wertekultur.

## 10. Mit welcher Person würden Sie gerne mal über politische Themen diskutieren und warum?

Mit unserem Bundespräsidenten Horst Köhler. Er scheint mir für Diskussionen offen und nicht vorfestgelegt zu sein.

## 11. Welchen Job in der Politik würden Sie gerne mal für vier Wochen ausüben?

Keinen. In vier Wochen kann man nichts anstoßen, nichts bewegen und schon gar nicht zum Abschluss bringen.

## 12. Ihr Lebensmotto?

Anpacken, was man erledigen kann. Nicht lamentieren über Dinge, die man nicht bewegen kann. Und sich höchstens mal von der eigenen Frau aufregen lassen.

# Donauwalzer mit der MS Fidelio



Die MS Fidelio bittet zum Walzer auf der Donau! Tanzen Sie mit uns durch die glanzvollen Zeiten der K.u.K. Monarchie und öffnen Sie Ihr Herz für die zauberhaften Landstriche der Donauländer. Flussabwärts führt die Reise durch die reizvolle Wachau bis in die ungarische Hauptstadt Budapest. Außerdem erleben Sie Bratislava und Wien, nachdem Sie dem romantischen Dürnstein einen Besuch abgestattet haben. Nach einer Woche kehren Sie nach Passau zurück - um hundert eindrucksvolle Erfahrungen reicher. Die MS Fidelio und die einmaligen Impressionen entlang der Donau lassen Ihre Reise zu einem unvergesslichen Erlebnis werden!

## Reiseprogramm:

### 1. Tag: Passau

Nach der Einschiffung gegen 16:00 Uhr heißt es um 18:00 Uhr „Leinen los“. Fahrt durch die Schlägener Schlinge. Ein Willkommenscocktail stimmt Sie auf die bevorstehenden Tage ein.

### 2. Tag: Dürnstein

Nachts liegt das Schiff nahe Linz. Sie können an einem Ausflug „Schönheiten der Wachau“ teilnehmen. Bei einem Rundgang durch Dürnstein erfahren Sie mehr über die Geschichte des Richard Löwenherz, der in der Burg von Dürnstein einsaß. Danach geht es mit dem Bus zum Stift Göttweig und anschließend zu einer Verkostung der berühmten Wachauer Weine.

### 3. Tag: Budapest

Am Nachmittag unternehmen Sie eine Stadtrundfahrt durch die ungarische Hauptstadt Budapest. Dabei sehen Sie u.a. die Freiheitsbrücke, die verspielte Fischerbastei, die alte Kettenbrücke und die beeindruckende Stephanskirche. Erleben Sie am Abend Budapest bei Nacht mit einem temperamentvollen, ungarischen Abend in einem idyllischen Restaurant, mit Folkloredarbietungen und ungarischer Musik.  
(Ausflugspaket: Stadtrundfahrt Budapest)

### 4. Tag: Budapest - Esztergom

Genießen Sie einen freien Vormittag in Budapest, oder nehmen Sie an unserem Ausflug zum berühmten Sissi Schloss Gödöllő teil. Nachmittags findet ein Ausflug zum Donauknie statt mit der Burg Visegrad und Besichtigung des Doms von Esztergom. Esztergom ist die Geburtsstadt des ersten ungarischen Königs. Das Schiff fährt am Nachmittag nach Esztergom, wo die Ausflugsgäste wieder zusteigen können.

### 5. Tag: Bratislava - Wien

Vormittags findet eine Stadtrundfahrt durch Bratislava, ehemals Pressburg und heute Hauptstadt der Slowakischen Republik, statt. Lohnenswert ist ein Besuch der Altstadt, in der noch viele Gebäude aus der gotischbarocken Epoche erhalten sind. Sie sehen den Martinsdom, das Rathaus und die Jesuitenkirche. Am frühen Nachmittag brechen Sie in Richtung Wien auf. Am Abend erwartet Sie unser Ausflug Wiener Sereenade mit Riesenrad und Heurigen-Besuch (buchbar vor Ort).  
(Ausflugspaket: Stadtrundfahrt Bratislava)

### 6. Tag: Wien

Am Vormittag unternehmen Sie eine Stadtrundfahrt durch Wien. Entlang der Ringstraße reihen sich viele imposante Gebäude, wie bspw. die Staatsoper, das Parlament und die Hofburg. Am Nachmittag haben Sie die Möglichkeit das Schloss Schönbrunn, das bevorzugte Domizil der Kaiserin Maria Theresia, zu besichtigen. Ursprünglich wurde dieses Schloss als Lust- und Gartenschloss erbaut, wurde aber dann der Hauptsitz der Kaiserfamilie.  
(Ausflugspaket: Stadtrundfahrt Wien)

### 7. Tag: Melk

Besuchen Sie fakultativ ein Juwel österreichischer Barockkunst, das berühmte Benediktiner-Stift Melk. Im Jahre 1085 wurde die damalige Burg in ein Kloster umgewandelt. Sie können die prachtvolle Stiftskirche, die Bibliothek mit den rund 80.000 Büchern und den Marmorsaal bewundern. Am Abend findet ein festliches Abschiedessen mit Ihrem Kapitän statt.

### 8. Tag: Passau

Frühmorgens erreichen Sie Passau. Nach einem letzten gemeinsamen Frühstück erfolgt die Heimreise.

### Einreisebestimmungen:

Deutsche Staatsbürger benötigen für die Einreise einen noch gültigen Reisepass.

### Wichtiger Hinweis:

Anderung des Reiseverlaufs und der Ausflüge bleiben vorbehalten. Wenn wegen Niedrig- oder Hochwasser eine Strecke nicht befahren werden kann, behält sich die Reederei das Recht vor, die Gäste diese Strecke mit Bussen zu befördern. Unter Umständen ist der Umstieg auf ein anderes Schiff erforderlich. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters Lion Tours GmbH, Kleinwallstadt.

**Reisetermin: 12.09.-19.09.2005**  
**ab/an: Passau**

### Leistungen:

- Bustransfer von Frankfurt nach Passau und zurück
- Einschiffungs-, Ausschiffungs-, Schleusen- und Hafengebühren
- Gepäckbeförderung Schiffsanlegestelle - Schiffskabine und zurück
- Kreuzfahrt in gebuchter Kabinenkategorie
- Vollpension mit täglich bis zu fünf Mahlzeiten je nach Programm (am Anreisetag Abendessen/ am Abreisetag Frühstück)
- Kreuzfahrtschiffleitung an Bord
- Ausflugspaket wie angegeben (Stadtrundfahrten Budapest, Bratislava, Wien)
- Sicherungsschein
- Reiseliteratur

### nicht eingeschlossen:

- weitere Ausflüge
- nicht genannte Mahlzeiten und Getränke, Trinkgelder, persönliche Ausgaben.
- Reiseversicherungen

### Reisepreis/Kabinentypen:

3-Bett Mitteldeck	€ 895,- p.P.
2-Bett Hauptdeck, achtern	€ 995,- p.P.
2-Bett Hauptdeck	€ 1.095,- p.P.
2-Bett Mitteldeck	€ 1.195,- p.P.
2-Bett Oberdeck	€ 1.295,- p.P.

### Aufpreis Alleinbenutzung 2-Bett-Kabine:

€ 450,- pro Person (nur auf Anfrage)

**Frühbucherrabatt € 50,- pro Person für Festbuchungen (namentlich!) vor dem 31.01.2005!**

**Mindestbeteiligung: 30 Personen**



**Beratung und Buchung bei:**

**Frau Ursula Linzmeier**

**Hanauer Landstr. 7 • 60314 Frankfurt**

**Tel. 069-15 30 99 0 • Fax 069-15 30 99 20**

**schon ab**

**€ 995,-**

**pro Person in der  
2-Bett Außenkabine**